

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 38 vom 21. September 1979

13. Jahrgang

1 DM

Viele tausend Demonstranten

Massenprotest gegen Strauß

SPD verurteilt Strauß-Gegner

BONN. — In Bonn hat die Schlappe, die Franz Josef Strauß bei seinen ersten Auftritten in NRW hinnehmen mußte, einhellige Reaktion erzeugt. In Essen und Köln hatten viele tausend empörter Demonstranten dem Kanzlerkandidaten der Union sein Konzept vermasselt. Seine Reden waren im Sturm des Protests untergegangen. Am Wochenende wurden diese großen Aktionen von allen Parteien als „Ausschreitungen“ verurteilt.

Alle Parteien, die ganze Presse, sind sich einig: „So geht es nicht!“, rufen sie im Chor. Zunächst hatten sie noch versucht, den massiven Protest herunterzuspielen. Es wurde von nur eintausend Demonstranten gesprochen. Ab Sonn-

tag wurde die Tonart gewechselt: es wurde gehetzt.

Den Herrschenden paßt es nicht, daß Tausende und aber Tausende Menschen gegen Straußens Auftritt protestierten. Es paßt ihnen nicht, daß Strauß im Angesicht dieses

massiven Protests aus der Rolle fiel, seine Rede nur aus wildem Haß und Gezeifer bestand. Es paßt ihnen nicht, daß die Demonstranten sich nicht an die Bonner Spielregeln hielten, nach denen nur die großen Herren ein Rederecht haben, während die Werktätigen ruhig sein sollen. Es paßt ihnen nicht, daß die Mehrzahl der Demonstranten in der SPD keineswegs eine Alternative sahen, sondern den gemeinsamen Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Strauß fordert jetzt lauthals mehr Polizei zu seinem Schutz bei weiteren Auftritten. SPD und FDP fordern die Straußgegner auf, sich zu mäßigen.

Die Antifaschisten und Demokraten unseres Landes aber, beileibe nicht nur die in Köln und Essen, sie fordern weiter einen aktiven, konsequenten und offensiven Kampf gegen Strauß, diesen Inbegriff der Reaktion. Essen und Köln waren davon erst der Anfang!

(Siehe auch Artikel Seite 7)



Ein Eindruck vom Empfang für Strauß

Zwei Demonstranten erschossen

Polizeimorde in San Salvador

SAN SALVADOR. — Bei einer Massendemonstration in San Salvador, Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates El Salvador, eröffneten Scharfschützen der Polizei von Hochhausdächern gezieltes Feuer auf die Menge. Zwei Tote und mehr als 30 Schwerverletzte gab es bei diesem Feuerüberfall.

Die Demonstration war die jüngste in einer ganzen Reihe von Massenaktionen gegen die Regierung Romero. Wie in allen mittelamerikanischen Staaten ist auch das Regime von El Salvador völlig von Washington abhängig und verfolgt eine Politik der extremen Unterdrückung der ganzen werktätigen Bevölkerung. Insbesondere seit dem Sturz des Diktators Somoza in Nicaragua hat die Volksbewegung gegen dieses Regime großen Aufschwung genommen. Die Demonstranten trugen bei der überfallenen Demonstration Losungen wie „Romero muß zurücktreten“ und „Aufstand ist der Ausweg“.

Angesichts dieser Lage hat das US-Außenministerium in Washington seine Besorgnis über die Entwicklung in El Salvador, und auch den Nachbarländern Guatemala und Honduras ausgedrückt. Die US-amerikanische Diplomatie will die Regierungen dieser Staaten zu Reformen bewegen, um, wie ein Experte mitteilte, das Entstehen einer kritischen Lage zu verhindern, die möglicherweise zum Bürgerkrieg führen könne.

Aber auch bereits der Amtsantritt Remeros war von Reformversprechen begleitet gewesen, ohne daß das Volk seinen Kampf gegen das Regime eingestellt hätte.



Lehrerdemonstration In Stuttgart folgten weit über 20 000 Menschen dem Aufruf der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des DGB zur Demonstration gegen die Schulpolitik der CDU-Landesregierung. Allein in diesem Jahr waren in Baden-Württemberg 1800 Lehrer entlassen worden. „Lehrer fehlen in den Klassen, Lothar Späth hat sie entlassen“ war deshalb auch eine der Hauptparolen, die Demonstranten riefen. Neben der Forderung nach Einstellung aller Lehrer wurden auch kleinere Klassen und Arbeitszeitverkürzung für Lehrer verlangt.

DGB Hamburg fordert Verbot der Aussperrung!

Die Bewegung wird immer stärker

Hamburg, 4. September. — Auf einer Sonderkonferenz zu diesem Thema forderte der DGB Kreis Hamburg das gesetzliche Verbot der Aussperrung.

In der dazu gefaßten Entschliebung wird betont, daß es in keinem anderen europäischen Land eine solche Aussperrungswillkür gibt, wie in der Bundesrepublik. Die Streiks in der Druck- und Stahlindustrie, so die Entschliebung weiter, haben gezeigt, daß der Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für ihre Arbeitsplätze und zur Sicherung ihrer Einkommen von den Unternehmern mit brutalen Massenaussperrungen bedroht wird. Das stellt einen Angriff auf das demokratische Recht der Koalitionsfreiheit dar.

Im Unterschied zum Hauptvorstand des DGB und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, die sich stets für die Sackgasse des Weges über das Bundesarbeitsgericht ausgesprochen haben, fordert die Kreiskonferenz eindeutig und konkret das Verbot der Aussperrung durch Landesgesetz des Hamburger Senats.

Solche Entschliebungen und Beschlüsse sind ein Ergebnis der wachsenden Bewegung

gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer. In immer mehr Städten haben Gewerkschafter und andere fortschrittliche Menschen örtliche Ausschüsse der Kampagne für das Verbot der Aussperrung gegründet, und entfalten rege Aktivität.



Allein bei verschiedenen Aktivitäten des DGB anlässlich des Antikriegstags, so teilten Sprecher der Kampagne mit, seien weit über 1000 Unterschriften für das gesetzliche Verbot der Aussperrung gesammelt worden.

Vetter gegen DGB-Jugend

Die Antikriegsveranstaltung der DGB-Jugend in der Dortmunder Westfalenhalle hatte ein Nachspiel. Vetter feuerte den DGB-Jugendsekretär. Bericht siehe auf Seite 4

Unternehmen zahlen Nachschlag

Durch Sonderzahlungen und Zusatzabkommen haben sich in letzter Zeit Belegschaften verschiedener Betriebe einen Nachschlag erkämpft: Ortmann und Herbst, Hamburg zahlt 3,5 Prozent mehr auf den Effektivlohn, bei Opel wurde der Festbetrag zum Jahresende verdoppelt, Ford zahlt 440 Mark pro Mann zusätzlich. Immer mehr Belegschaften stellen ihre Forderungen.

Frankreich plant Eingreiftruppe

Eine 3000 Mann starke Sondertruppe mit Kampfpanzern soll ab 1. August nächsten Jahres einsatzfähig sein. Gemeinsam mit der 11. Fallschirmjägerbrigade soll sie die Speerspitze der französischen Armee bilden. Vorbild für ihren Einsatz soll die Niederschlagung eines Aufstands 1978 in Zaire sein.

Hamburger Giftskandal beweist:

Bonn ließ illegal chemischen Kampfstoff produzieren!

Seit 35 Jahren sitzt die Hamburger Bevölkerung auf einer Zeitbombe

Durch den tragischen Tod des achtjährigen Oliver Ludwig kam es an den Tag: Mehrere hundert Tonnen lebensgefährliches Kampfgas lagern im Boden. Damit könnten ganze Stadtteile ausgerottet werden. Die Behörden wußten lange Bescheid. Die Bevölkerung wurde im Unklaren gelassen.

Lesen Sie auf Seite 8 über den größten Giftskandal in der Geschichte Westdeutschlands, über die Rolle, die das Bundesverteidigungsministerium dabei spielte.



Kommentar

An das Wahlkampfjahr 1976 werden sich viele noch recht gut erinnern: Immerhin war noch selten von Parteien so offen gelogen worden wie von SPD und FDP damals. Beibehaltung des Rentensystems war ihr großes Wahlversprechen gewesen. Kaum gewählt, wurde es auch schon gebrochen.

„bürokratischen Sozialstaat“ kennt, weiß, daß die Rentner von ihm in Wirklichkeit nur weitere Rentenkürzungen zu erwarten haben.

Und während in den letzten Wochen viele Tausend Rentner den Bescheid bekamen, sie würden in die Renten Anpassung Anfang 1980 leider nicht einbezogen

Schon wieder Rentenkürzung?

Zum Maßstab der jährlichen Renten Anpassung sollten jetzt nicht einmal mehr die nominalen Lohnerhöhungen der Arbeiter herangezogen werden, sondern nur noch, was nach den Steuern übrigbleibt — wenig genug. Die Renten wurden nicht mehr jährlich der Teuerung angepaßt, sondern erst nach eineinhalb Jahren.

War schon das Ergebnis von großen Versprechungen eine faktische Rentenkürzung gewesen, so haben die Rentner und alle Arbeiter heute allen Grund, sehr skeptisch zu sein. Denn heute wird offen darüber spekuliert, die Renten seien zu hoch. Die Regierungsparteien erwägen verschiedene Formen der Rentenkürzung. Die einen möchten auch die Rentner noch als Steuerzahler hinzugewinnen, die anderen gleich feste Sätze für die Renten Anpassung vorschreiben.

Begleitet wird das von entsprechenden Kommentaren in der Presse, man müsse sich eben damit abfinden, daß die guten siebziger Jahre für die Rentner vorbei seien, in den achtziger Jahren würde sowieso alles knapper. Diese Art von Propaganda versucht in schamloser Weise darüber hinwegzutäuschen, daß in den eineinhalb Jahren ohne Renten Anpassung bis Januar 1979 die Teuerung bereits rund 10 Prozent der ausgezahlten Renten aufgeessen hat.

Ein Jahr vor der Wahl kommt das den Oppositionsparteien taktisch sehr günstig, können sie sich doch jetzt als Verteidiger der Rentner aufspielen. Aber jeder, der die Pläne von Strauß einigermaßen kennt, der seinen Angriff auf den

werden können, da sie zu hoch in der Rente lägen, während diese Menschen also sage und schreibe zweieinhalb Jahre lang mit dem gleichen Geldbetrag die steigenden Preise bezahlen müssen, während diesem ungeheuren Rentenklau, diskutieren die Bonner Politiker in aller Offenheit über angeblich zu hohe Renten. Leicht kann man sich vorstellen, daß solche Überlegungen in Wirklichkeit ganz massive Drohungen sind, Drohungen an die Werktätigen, sich nicht gegen höhere Abgaben zur Wehr zu setzen, da sonst die Renten noch mehr gekürzt werden müßten.

Die Renten waren stets eine ganz zentrale Frage der Sozialpolitik, und stets hat die Arbeiterbewegung darum gekämpft, ein wenigstens einigermaßen gesichertes Alter zu haben, wobei sie viel erreicht hat. Deshalb sind die abermaligen, jetzt offen vorgetragenen Angriffe auf die Renten auch als ein Auftakt zu werten, als ein Auftakt für eine Politik des beschleunigten Abbaus sozialer Errungenschaften. Das in der Rentenversicherung angesammelte Geld, das ja das Geld der Arbeiter und Werktätigen ist, wofür sie gearbeitet haben, das sie von ihrem Lohn abgespart haben, ist in Zeiten der Krise schon immer eine verlockende Reserve für die Kapitalisten gewesen. Nicht zu Unrecht sagte 1977, nach dem großen Betrug, mancher Rentner, wenn er einen Panzer sah: „Da fährt meine Rente“, denn der Staat hatte verschiedene Anleihen bei der Rentenversicherung gemacht. Und solche Pläne stecken auch heute hinter den Debatten.

Bundeshaushalt 1980 — aus unseren Steuern finanziert

Immer mehr Geld für die Monopole

Mehr Subventionen, mehr für Rüstung, steigende Staatsverschuldung geplant

BONN. — Am Mittwoch, den 12. September, brachte Finanzminister Matthöfer den Entwurf der Regierung für den Bundeshaushalt 1980 im Bundestag ein. Mit 215,3 Milliarden Mark ist es der größte Haushalt der Bundesrepublik seit ihrer Existenz. Die größten Ausgaben sind aber nicht die stark betonten 48 Milliarden Mark für soziale Kosten, sondern vor allem die Rüstungsausgaben, die neben dem offiziellen Etat des Verteidigungsministeriums von über 38 Milliarden Mark noch an militärischen Forschungsausgaben, Folgekosten und Zuwendungen an die Rüstungsindustrie weitere rund 20 Milliarden Mark betragen. Weitere 6 Milliarden Mark werden offiziell als Subventionen für die Monopole ausgewiesen. 13 Milliarden Mark müssen an Zinsen bezahlt werden für die staatlichen Schulden bei den Banken.



Jetzt, wo das Paket so groß geworden ist, könntest Du uns ein bißchen mehr abgeben. Wir haben zwar kein Militär, aber immerhin die Polizei aufzurüsten.

Der ganze Bundeshaushalt ist eine einzige Umverteilung von Geld, das den Werktätigen abgenommen wird, um es den Reichen im Lande zu geben. Denn finanziert wird dieser enorme Berg von Ausgaben vor allem aus den rund 100 Milliar-

den Mark Lohnsteuer, die die Arbeiterklasse zu bezahlen hat, von rund 50 Milliarden Mark indirekter und Verbrauchssteuern, die ebenfalls zu über 90 Prozent von der breiten Masse der Werktätigen bezahlt werden müssen.

Nur ein Zehntel des Aufkommens an Steuern wird von den Unternehmern gezahlt, das sie überreichlich wieder zurückbekommen. Denn inzwischen ist es den meisten Menschen klar, daß die großspurig angekündigten Milliardenprogramme zur Sicherung von Arbeitsplätzen und so weiter lediglich von den Unternehmern zur Rationalisierung ihrer Betriebe, also zur Vernichtung von Arbeitsplätzen benutzt werden.

Die Debatte im Bundestag verlief dann auch entsprechend: Die von Strauß eingeschlossene CDU/CSU-Fraktion forderte Steuersenkungen, um die Investitionsneigung zu erhöhen, spricht, die Unternehmer sollen noch weniger Steuern zahlen, die Regierung verteidigte sich mit dem Argument, sie täte bereits das Maximale.

Alle die ganzen Debatten



Flüchtlingslager der Palästinenser. Während hunderttausende vom israelischen Regime vertrieben wurden, maßten sich westeuropäische Regierungen an, über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu entscheiden.

Der israelische Außenminister in Bonn

Dayan: Selbstbestimmung der Palästinenser unannehmbar

Streitigkeiten um das Vorgehen in Nahost

BONN. — Am Schluß seines dreitägigen Besuchs in Bonn trat der israelische Außenminister Dayan mit der Behauptung auf, die Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv hätten sich verschlechtert. Tatsache bleibt jedoch, daß die Bundesrepublik nach wie vor eine der wichtigsten Stützen des israelischen Regimes und eine der Hauptfinanzquellen für die wahnsinnige israelische Aufrüstungspolitik ist.

Als Dayan vor Journalisten seine Behauptung über die Verschlechterung der Beziehungen aufstellte, bezog er sich damit vor allem auf Außenminister Genschers Besuch in Alexandria und andere Anlässe der jüngsten Zeit, in denen die Bundesregierung den Begriff „Selbstbestimmungsrecht“ für Palästinenser benutzte. Ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser aber, so Dayan, sei für Israel völlig unannehmbar. Israel sei „enttäuscht“ über die Haltung der Bundesregierung, fügte Dayan hinzu.

Dies wiederum nahm die Bundesregierung „mit Erstaunen“ zur Kenntnis, da sie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser seit 1974 anerkenne(!). Außerdem gelte für sie der Beschluß des Europäischen Rats von 1977 zu dieser Frage, der ebenfalls dieses Recht anerkenne.

Was hinter diesem ganzen Gerangel, dem Hin und Her steckt, wird dann deutlich, wenn man sich die Ereignisse der letzten Zeit im Zusammenhang vor Augen führt.

Seitdem die USA in dem

Regime Sadats einen neuen Verbündeten gefunden haben, hat sich die Vorgehensweise sowohl der USA selbst, als auch ihrer westeuropäischen Verbündeten um einiges geändert. Israel soll dazu gebracht werden, Verträge mit einzelnen arabischen Staaten zu schließen, wie es mit Ägypten der Fall war, um so nach und nach die Einheit der arabischen Staaten zu zersetzen. Das Regime von Tel Aviv jedoch hat große innere Schwierigkeiten, spürt wachsenden Widerstand gegen seine inflationäre Politik, und hat sich in letzter Zeit zunehmend auf die Kräfte der äußersten Reaktion gestützt, die nicht mit Verhandlungen einverstanden sind. Diese Kräfte werden von Begin Regierung vertreten.

Diese Regierung stemmt sich gegen eine Veränderung in der Vorgehensweise und beharrt auf einem Kurs der militärischen Aggression gegen die Nachbarstaaten — mit den Waffen und dem Geld aus USA und Westeuropa, versteht sich. Allein schon die Tatsache, daß die Bundesregierung zugibt, daß sie vor 1974 das Selbst-

bestimmungsrecht der Palästinenser nicht anerkannt hat, da der Europäische Rat das erst 1977 beschlossen hat, zeigt, daß dies nur Änderungen im Vorgehen, nicht in den Zielen sind. Das haben auch die verschiedenen diplomatischen Aktivitäten

„30 Jahre Deutscher Bundestag“

KPD-Abgeordnete fehlten

BONN. — Unter Hinweis auf das KPD-Verbot aus dem Jahre 1956 wurden die noch lebenden KPD-Abgeordneten des ersten westdeutschen Bundestages nicht zur Festsitzung „30 Jahre Deutscher Bundestag“ eingeladen.

Während sich auf dem anschließenden Gartenfest ehemalige NSDAP-Mitglieder wie der frühere Wirtschafts- und Finanzminister Schiller herumtrieben, waren die Menschen, die in der Zeit der Nazi-Diktatur die Ehre des deutschen Volkes verkörperten, die einer Partei angehörten, die an der Spitze des antifaschistischen Widerstandes gekämpft hat, wie Aussätzige ausgeschlossen. Schlimm genug, daß Kom-

DGB Reutlingen verurteilt Bundesvorstand

Reutlingen. — Einstimmig, bei nur einer Enthaltung verurteilte eine Funktionärskonferenz des DGB in Reutlingen das Vorgehen des DGB-Bundesvorstands gegen die Aktivitäten der DGB-Jugend zum Antikriegstag. Sowohl die Entlassung des Jugendsekretärs als auch das Veröffentlichungsverbot für die Broschüre werden in einer Resolution kritisiert und die Frage aufgeworfen, welcher Zusammenhang zwischen diesem Vorgehen und dem geplanten Treffen Vetter-Strauß besteht. Es wird gefordert, daß der DGB einheitlich alle Kräfte gegen Kriegshetzer und Reaktionäre mobilisiert.

um Steuerreform, ob früher oder später, erweisen sich angesichts dieser Tatsache wieder einmal als Wahlkampfgetöse für die nächste Bundestagswahl.

Wollen die Arbeiter, die Werktätigen unseres Landes den immer schärferen Raubzug der Monopole und ihres Staates bremsen, dann müssen sie sich die Forderung des Aktionsprogramms unserer Partei zu eigen machen:

• Senkung der Lohnsteuer und der Besteuerung niedriger Einkommen! Rigorose Besteuerung der Profite der Kapitalisten! Abschaffung der indirekten Steuern!

sowohl der USA als auch der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Staaten in der letzten Zeit gezeigt.

Was dabei die Situation weiter kompliziert, ist, daß die verschiedenen westeuropäischen Staaten gleichzeitig einen Wettlauf zu den arabischen Ölstaaten machen, um dort Verbindungen und Einfluß zu gewinnen. Dabei will keine Regierung der Vorreiter sein, aber auch keine zu spät kommen. Deshalb hatte auch die Bundesregierung in den letzten Wochen intensive diplomatische Aktivitäten unternommen, die das Regime Begins irritiert haben.

Daß es sich bei den von Dayan angesprochenen Differenzen keinesfalls um schwere Gegensätze handelt, zeigt die Tatsache, daß die enorme Finanzhilfe der Bundesrepublik für Israel, die hauptsächlich der Armee zugute kommt, nach wie vor ungebremsst fließt.

Die zahlreichen militärischen Überfälle der israelischen Armee auf die Zivilbevölkerung im Süden des Libanon wurden von der Bundesregierung als „hinderlich“ bezeichnet, aber nicht verurteilt.

Aus dem Inhalt

Tarifrunde 79/80: Lohnerhöhung notwendig!	4	Interview mit dem albanischen Schriftsteller Dritero Agolli	9
DGB Hamburg fordert gesetzliches Verbot der Aussperrung	4	Italien: Am Beginn einer neuen Streikwelle	10
12. Gewerkschaftstag der IG Bergbau	5	Grußbotschaft an die 7. Nationale Parteikonferenz der KP Brasiliens	10
Was ist los mit AEG? Elektromonopol in der Krise	6	Aufbruch in Afghanistan — sowjetische Besatzermacht letzte Stütze des Regimes	11
Strauß raus aus dem Revier! KPD/ML verteidigt einheitliches Vorgehen gegen Strauß	7	CDU in Spendenaffäre verwickelt	12
Urteilsverkündung im Kühnen-Prozeß	7	Beton- und Monierbaupleite	12
Umweltskandal in Hamburg	8		

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



800 Demonstranten forderten in Essen

Weg mit der Jugendpolizei!

Die Initiative Keine Jugendpolizei in NRW hatte aufgerufen

ESSEN.— Ca. 800 Jugendliche versammelten sich am Samstag, den 15. September gegen 10 Uhr am Essener Saalbau, um gegen die Einführung der Jugendpolizei zu demonstrieren. Nach einem etwa dreißigminütigen Marsch durch „Kommt der Strauß schon wieder?“ fragten etliche Passanten in Anspielung auf den mißlungenen Strauß-Auftritt am Vortage, als sie die etwa 800 Jugendlichen durch die Essener Fußgängerzone demonstrieren sahen. Doch durch die Sprechchöre, die zahlreichen Transparente und nicht zuletzt durch die Flugblätter der Roten Garde merkten die Leute sehr schnell, Landesbezirk Ruhrgebiet

Landesbezirk Ruhrgebiet

Die Rote Garde im Kampf gegen die Jupo

Interview mit Genossen Kalle

DORTMUND.— Einen Tag nach der Demonstration gegen die Jugendpolizei und die erfolgreiche Veranstaltung der Roten Garde hatte ein Redakteur des Roten Morgen Gele-

Was hat die Rote Garde im Kampf gegen die Jugendpolizei alles unternommen?

Zunächst einmal sahen wir unsere Aufgabe darin, eine konkrete Aufklärungsarbeit in Jugendheimen, Schulen, Berufsschulen, Betrieben usw. über die geplante Einführung der Jugendpolizei durchzuführen. In dieser Hinsicht hat unser Flugblatt „Skandal“, das ja auszugsweise im letzten Roten Morgen veröffentlicht wurde, ganz gute Dienste geleistet.

Doch Aufklärung ist die Sache, den Kampf organisieren die andere. Mit Erfolg hat die Rote Garde in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets zusammen mit Jugendlichen und mit Unterstützung von Sozialarbeitern Initiativen gegen die Jugendpolizei aufgebaut, so zum Beispiel in Essen, Recklinghausen-Herten, Dortmund usw.

Dann haben wir natürlich kräftig für die Demonstration gestern in Essen mobilisiert.

Welche Bedeutung mißt die Rote Garde dem Kampf gegen die Jugendpolizei bei?

Wir haben nicht einfach gesagt: Toll, da ist was los, da müssen wir mitmachen. Wir haben uns von Anfang an von dem Gedanken leiten lassen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Roten Garde ist, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu führen. Ein Frontabschnitt dabei ist der Kampf gegen den zunehmenden Polizeiterror, wozu auch der Kampf gegen die Jugendpolizei gehört.

Das wollten wir bei unseren Aktivitäten klar machen, auf der Demonstration und vor

daß es zwar wieder gegen Reaktion und Faschismus ging, diesmal aber gegen einen unverschämteren Plan der SPD/FDP-Landesregierung zur Bespitzelung der Jugend. Viele hörten zum ersten Mal vom Jupo-Projekt und waren empört, daß mittlerweile schon Kinder und Jugendliche in ihren ohnehin kaum vorhandenen Freizeiteinrichtungen von

die Essener Innenstadt fand am Pferdemarkt die Abschlußkundgebung statt. Die ganze Aktion war von der Initiative Keine Jugendpolizei in NRW organisiert und durchgeführt worden.

berufsmäßigen Denunzianten der Polizei belästigt werden sollen.

Und daß die Jugendlichen nicht die Absicht haben, sich auf den Kampf gegen die Jugendpolizei zu beschränken, kam in der Abschlußkundgebung zum Ausdruck. Klaus Kühl, der Sprecher der Landesinitiative, hob die Kampfbe-

reitschaft der werktätigen Jugend hervor; die Veranstaltung der DGB-Jugend zum Antikriegstag in der Westfalenhalle sei dafür der beste Beweis.

Und er brachte die weitere Perspektive der Jugend auf die griffige Formel: „Wir wollen keine Spitzel am Biertresen und keinen Strauß in Bonn.“

genheit, mit dem Genossen Kalle, Sprecher der Landesbezirksleitung Ruhrgebiet der Roten Garde, ein Gespräch zu führen. Im folgenden einige Auszüge:

Demonstrationsverbot ihres Vorstands Folge zu leisten. Auch ein Funktionär der Essener Falken war dabei. Diese Genossen sind mitmarschiert, weil sie im Gegensatz zu ihren Führern den Kampf gegen die Jugendpolizei für richtig und notwendig halten.

Der Vorwurf, die Landesinitiative sei unsere Tarnorganisation, ist schnell zurückgewiesen. Die Landesinitiative hat sich im März 1979 auf einer Plattform gegründet, die jeder Jugendorganisation die Möglichkeit gibt, mitzumachen. Einzige Bedingung war, folgende drei Forderungen aktiv zu unterstützen: Keine Jugendpolizei, Zurücknahme der entsprechenden Runderlasse, keine neuen Konzepte für eine Jugendpolizei. Wir wären total verstaubte Sektierer, wenn wir die Initiative samt ihren Forderungen nicht aktiv unterstützt hätten. Wer das als „unterwandern“ empfindet, ist selber Schuld! Der Vorwurf des Falken-Vorstandes zielt in Wirklichkeit darauf ab, den ganzen Kampf zu boykottieren oder ihn in den Schmutz zu ziehen, was auf dasselbe herausläuft. Daß sie dermaßen gehorsam vor ihren SPD-Brötchengenossen kuscheln, zeigt außerdem, daß es mit ihrem Rückgrat nicht weit her sein kann. Aber das ist nicht unser Bier!

Die Rote Garde wird sich auch weiterhin bemühen, mit den Falken-Genossen auch in anderen Bereichen zusammenzuarbeiten.

Warum hat man so wenig von der Gewerkschaftsjugend in diesem Kampf gehört?

Hier liegt das Problem ähnlich wie bei den Falken. Die

jungen Gewerkschafter sind unheimlich sauer auf die Jugendpolizei und ihre Urheber. Die Landesinitiative ist dann an den Landesjugendsekretär des DGB Klaus Peter Henning herangetreten und hat ihn als Redner für die Abschlußkundgebung gestern eingeladen. Henning antwortete kurz angebunden, die zuständigen Gremien hätten sich zur Jugendpolizei noch keine Meinung gebildet, er könne nicht kommen.

Ähnlich bei der SDAJ. Während die meisten SDAJler eine Stinkwut auf die Jugendpolizei haben, ist in „elan“ ein Artikel erschienen, der die Jupo in Schutz nimmt.

Natürlich haben wir Rotgardisten nie einen Hehl daraus gemacht, daß unsere Ziele weitergehend sind als die der Landesinitiative, daß wir für die sozialistische Revolution sind, für den Sozialismus, um mit der ganzen Schnüffelei, dem Lehrstellenmangel, der Ausbeutung und totalen Zurücksetzung der Jugend Schluß zu machen. Und wir sagen auch ganz offen, daß wir die Absicht haben, möglichst viele Jugendliche, Gewerkschafter, Falken, SDAJler usw. für unsere marxistisch-leninistischen Ansichten, für die Rote Garde zu gewinnen. Ganz klar! Nur — wenn sie unsere Ansichten nicht teilen, so ist das für uns noch lange kein Grund, ihnen die kalte Schulter zu zeigen, wie das jetzt der Falken-Vorstand, die DGB-Jugendbonzen und andere gemacht haben. Wir schließen uns mit jedem zusammen, der bereit ist, gegen die Jugendpolizei und andere Sauereien zu kämpfen.



Ca. 800 Jugendliche demonstrieren am 15. September gegen die Einführung der Jugendpolizei; auf unserem Bild passieren die Demonstranten gerade den Hauptbahnhof.

Rote Garde saß zu Gericht

Verhandlung gegen die Jugendpolizei

ESSEN.— Gegen 14 Uhr begann die von der Roten Garde organisierte „Verhandlung gegen die Jupo“ in der Aula der Maschinenbauschule in Essen. Vorher war gerade die Demonstration zuende gegangen. Etwa 200 Jugendliche hatten sich eingefunden.

Nachdem die Anklageschrift gegen die Jupo verlesen war (Innenminister Hirsch, der als Pflichtverteidiger geladen war, hatte sich gedrückt), marschierten die Zeugen auf.

zogen.

Was kommen mußte, kam dann auch: Die Jupo wurde für schuldig befunden und verurteilt. Die Landesregierung soll ihre Runderlasse zurückziehen und stattdessen mehr Jugendheime bauen, genügend Lehrstellen bereithalten und ausreichend viele Sozialarbeiter und Pädagogen einstellen. In der Urteilsbegründung wurde ferner darauf hingewiesen, daß nicht damit zu rechnen sei, daß die verantwortlichen Herren freiwillig die Forderungen der Jugend erfüllen würden, daß man vielmehr den Kampf darum führen müsse.

Es wurde aber nicht nur verhandelt; die Gruppe „Ruhrwerk“ trat auf. Ihre durch den Sound der „Schmetterlinge“ inspirierten Stücke trugen mit zu dem erfolgreichen Gelingen der Roten-Garde-Veranstaltung mit bei.

Eine zünftige „Session“, bei der ein spontan erschienener Blues-Musiker miteinstieg, war für so manchen der krönende Abschluß des in revolutionärer Stimmung verlaufenden Nachmittags.



Zur Verhandlung gegen die Jupo hatte die Rote Garde eingeladen. Etwa 200 Jugendliche waren dem Aufruf in die Aula der Maschinenbauschule gefolgt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Herr-im-Hause-Standpunkt wie bei Unternehmern

DGB-Jugendsekretär entlassen!

Zu passiv gegen Linke?

FRANKFURT.— Nur wenige Tage nach dem Antikriegstag der Gewerkschaftsjugend ist der Bundesjugendsekretär des DGB, Heinz Hawreliuk, vom Geschäftsführenden Ausschuss des DGB des Amtes entlassen worden. Nach der Abfuhr, die die Gewerkschaftsjugend dem DGB-Vorsitzenden Vetter in Dortmund erteilt hatte, hatten sich die Auseinandersetzungen um Hawreliuk, die bereits mit dem Verbot der Antikriegstagsbroschüre begonnen hatten, zugespitzt.

Der Betriebsrat beim DGB-Vorstand hat gegen die Entlassung Einspruch erhoben, weil er nicht vorher gehört wurde. Ergebnis davon ist jetzt die Entlassung für ein Betriebsratsmitglied. Grund: Die Betriebsrätin habe den Fernschreiber des DGB-Vorstands benutzt, um die Ablehnung an die Nachrichtenagenturen zu geben. Das sei ohne Erlaubnis geschehen.

Der Bundesjugendausschuss verlangte, wenigstens darüber abstimmen zu dürfen, ob Hawreliuk an der nächsten Sitzung nach der Entlassung teilnehmen dürfe. Dies wurde von Karl Schwab, dem für die Jugendarbeit verantwortlichen DGB-Ressortchef, mit der Drohung unterbunden, die Sitzung zu schließen.

Angesichts dieser Methoden kommt einem das Staunen. Manch einer mag sich sagen, solche Praktiken kennt man

sonst nur von Unternehmern. Die Begründungen für die Entlassungen, die hinter der Hand gehandelt werden, sind derart eindeutig, daß es einen nicht mehr wundert, daß da mit demselben Terror vorgegangen wird, wie im kapitalistischen Betrieb.

Hawreliuk, der zu den Mitverfassern der vom DGB-Bundesvorstand verbotenen DGB-Jugendbroschüre gehört, werden offensichtlich die Vorgänge beim Antikriegstag insgesamt angelastet. Nicht so, daß man ihn zum Hauptverantwortlichen stempelt, aber er wird geschasst, weil er nicht genügend Kräfte gegen die in der Gewerkschaftsjugend aktiven Linken mobilisiert hat. Kurz: Er hätte verhindern müssen, daß die Gewerkschaftsjugend beim Antikriegstag entschieden den Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg forderte, und

stattdessen hätte er dafür sorgen sollen, daß eine Jubelfeier für Vetter stattgefunden hätte.

Wenn es nach dem DGB-Bundesvorstand ginge, dürfte niemand Gewerkschaftsfunktionär sein, der nicht genügend gegen die Linke kämpft.

Die Reihen sollen gestrafft werden, wer nicht spurt — weg mit ihm! Das ist die Parole des Bundesvorstands.

Allerdings müssen die Reihen gestrafft werden. Aus der Gewerkschaft geworfen gehören diejenigen, die den Kampf der Arbeiter, besonders der Arbeiterjugend gegen Reaktion, Faschismus und Krieg behindern wollen. Denn diese Aufgabe hat sich die Gewerkschaftsjugendbewegung, von Beginn ihrer Existenz an gestellt, und es wird den Vetter, Schwab und anderen nicht gelingen, sie davon abzubringen.

Fristlose Kündigung eines RGO-Betriebsrats verhindert.

WESTBERLIN.— Im Hausgerätewerk bei Siemens-Gartenfeld in Westberlin wollte die Geschäftsleitung den Betriebsrat der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), Ludvig Dedek, fristlos entlassen. Am 13. September fand eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt, auf der ein entsprechender Antrag der Geschäftsleitung vorlag. Die Begründung für den Entlassungsantrag war fadenscheinig: „Verstoß gegen den Arbeitsvertrag und wiederholtes unerlaubtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz!“ Dabei beruft sich die Geschäftsleitung auf einen Vorfall vom 18. Juli. Der RGO-Betriebsrat war von einem Kollegen gebeten worden, mit ihm in die Personalabteilung zu gehen. Der Meister behauptete später, Ludvig Dedek habe sich nicht bei ihm abgemeldet. Der Entlassungsversuch konnte jedoch vereitelt werden. In einer geheimen Abstimmung fand sich keine Mehrheit im Betriebsrat für den Entlassungsantrag. Es gab neun Stimmen dafür und neun dagegen. Die Spekulation der Bosse, daß alle Betriebsräte der IG-Metall-Liste für die Entlassung stimmen würden, ist nicht aufgegangen. Mindestens vier der Neinstimmen müssen von Betriebsräten der IGM-Liste stammen.

Schließung von Druckerei und Verlag beschlossen

SPD läßt Morgenpost endgültig fallen

330 Arbeiter und Angestellte betroffen / Keine Konkurrenz mehr für Springer

BONN.— Jetzt ist die Entscheidung gefallen! Die „Hamburger Morgenpost“, einzige Tageszeitung im Raum Hamburg, die noch eine Konkurrenz für die Springerpresse war, soll endgültig sterben.

Durch die Schließung des Druckbetriebes („Auerdruck“) und des Zeitungsverlages („Allgemeine Druck- und Presseverlagsgesellschaft“) verlieren 330 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz.

Den Beschluß dazu faßte der Aufsichtsrat der SPD-Holdingsgesellschaft „Konzentration GmbH & Co. KG“ am 10. September in Bonn. Wie die Frankfurter Rundschau berichtet, gab die Stimme des früheren Chefs der Bank für Gemeinwirtschaft (DGB-eigene Großbank), Walter Hesselbach, der als „Schlichter“ eingesetzt worden war, den Ausschlag.

Aufsichtsratsvorsitzender der Holdingsgesellschaft ist Leonhard Mahlein, der Chef der IG Druck und Papier. Auch er sprach sich für die Stilllegung aus. Die sechs sogenannten Arbeitnehmervertreter im paritätisch besetzten Aufsichtsrat hatten dagegen der Schließung widersprochen.

Der SPD-Vorstand erklärte zu der Entscheidung, „die wirtschaftlichen Voraussetzungen“ für eine Fortführung der Zeitung seien nicht mehr gegeben. Das ist das übliche Argument der Unternehmer, wenn sie aus Profitgier Betriebe dichtmachen und Arbeitsplätze vernichten.

Zur Schließung der „Morgenpost“

Warum noch kurz vor der Bundestagswahl?

MÜLHEIM/RUHR, ARBEITERKORRESPONDENZ, 6. SEPTEMBER.— Liebe Genossen! Gerade lese ich im neuen Roten Morgen die Meldung, daß die SPD in Hamburg ihre Morgenpost im Frühjahr 1980 einstellen und die Kollegen per Sozialplan auf die Straße setzen will. Von der SPD haben wir nichts anderes zu erwarten als von den anderen Kapitalisten auch.

Darüber hinaus ist es aber noch sehr auffällig, daß die SPD eine eigene Zeitung wenige Monate vor der Bundestagswahl zumacht. Die hätten sie doch gut für die Propaganda gegen Strauß brauchen können! Jedenfalls

nehme ich an, daß das die Erwartung der sozialdemokratischen, antifaschistischen Hamburger Arbeiter ist: Aber offenbar wollen die SPD-Chefs keinen Kampf gegen Strauß und gegen den Faschismus.

Gestern sprach mich übrigens an der Maschine ein älterer Kollege an, den ich eigentlich nur vom Ansehen kannte: „Hör mal, nächste Woche kommt der neue Führer, der Strauß, nach Essen. Da kommst du doch auch hin. Am besten mit einem Knüttel.“

Aus seiner Familie waren vier im KZ. Genau das erwartet er auch von Strauß und deshalb bekämpft er ihn.

Tarifrunde 79/80

Lohnerhöhung und Teuerungsausgleich notwendig!

Propaganda der Unternehmer mit falschen Zahlen

DÜSSELDORF.— Die Tarifrunde 79/80 wirft ihre Schatten voraus. Aus dem Lager der Kapitalistenverbände hämmert verstärkt die Propaganda gegen Lohnforderungen.

Da kommt der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Kirchner, dreist mit der Lüge, der Brutto Lohnzuwachs der Metallarbeiter belaufe sich 1979 gegenüber dem vergangenen Jahr auf 6,5 Prozent. Die tatsächliche Erhöhung der Tariflöhne betrug aber bekanntlich nur 4,3 Prozent bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Auf zwölf Monate umgerechnet läuft das auf etwa 4 Prozent Lohnerhöhung hinaus; ein Betrag, der durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten schon längst aufgeessen ist.

Auf der anderen Seite scheut sich Kirchner nicht, die von der amtlichen Statistik zur Zeit mit 5 Prozent angegebene Preissteigerungsrate durch eine selbsterfundene Angabe zu ersetzen. Laut Kirchner liegt die Preissteigerungsrate bei 3,5 Prozent. Offensichtlich praktiziert Kirchner hier die von der Kapitalisten- und Regierungseite erfundene absurde Methode, die Preissteigerungen in einerseits „außenwirtschaftlich bedingte“ und andererseits „hausgemachte“ auseinanderzudividieren. Und die Zeche für die angeblich außenwirtschaftlich bedingte Teuerung sollen natürlich die Arbeiter bezahlen.

Da wird in den bürgerlichen Medien ständig der Eindruck hervorgerufen, als bedrohten „zu hohe“ Lohnforderungen den sogenannten Konjunkturaufschwung und gefährdeten dadurch Arbeitsplätze. So wird auf widerliche Weise die Angst vor dem Anwachsen der

Arbeitslosigkeit, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ausgenutzt, um die Entschlossenheit der Arbeiter und kleinen Angestellten in ihrem Kampf für die Verteidigung ihres Lebensstandards zu lähmen. Die Wahrheit aber ist, daß es keineswegs der berechnete und notwendige Kampf der Arbeiter für mehr Lohn ist, der zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zu Massenentlassungen, Rezession und verschärfter Wirtschaftskrise führt, sondern das Profitstreben der Kapitalisten.

Gegen Angriff auf Lebensstandard hilft nur Lohnkampf!

Die Preistreiber der Konzerne drückt bereits spürbar auf den Lebensstandard der werktätigen Bevölkerung. Heute gibt es nur ein Mittel, um dagegen anzugehen: einen konsequent geführten Lohnkampf. Die DGB-Bonzen — das zeigt alle Erfahrung — werden auch in diesem Jahr den Lohnkampf sabotieren. Besser gesagt: Sie haben ihn bereits sabotiert, indem sie sich gegen die Forderung nach einem Nachschlag gestellt haben.

Wenn sie nun — wie zum Beispiel IGM-Chef Loderer — durch radikale Töne den Eindruck zu erwecken suchen, sie hätten ernsthaft die Absicht, in der anstehenden regulären Tarifrunde einen konsequenten Lohnkampf zu führen, so ist das reine Augenwischerei und ganz bewußt darauf berechnet, die Mitglieder der IG Metall zu täuschen und einen Tarif-

abschluß vorzubereiten, der hinter den gestiegenen Lebenshaltungskosten zurückbleibt.

Nehmen wir zum Beispiel das Geheimtreffen zwischen der DGB-Führung und Bundeskanzler Schmidt Anfang August in Bonn, auf dem offensichtlich die Vereinbarung getroffen wurde, daß die DGB-Führung gegenüber der Forderung der Basis nach einem Ausgleich für die steigenden Lebenshaltungskosten „standhaft“ bleiben soll.

Oder erinnern wir uns daran, daß vor kurzem von dem Wirtschaftsforschungsinstitut des DGB (WSI) ein Gutachten veröffentlicht wurde, in dem der Standpunkt vertreten wird, eine „innerdeutsche Lohnpolitik“ sei nicht das richtige Mittel, um einer durch multinationale Konzerne verschuldeten Teuerung zu begegnen. Und dieser bürgerlichen Wirtschaftstheorie des DGB-Apparats entspricht genau seine arbeiterfeindliche Praxis: Anfang August wurde die Lohnstarifrunde in der nordrhein-westfälischen Brauindustrie beendet. Die Führung der DGB-Gewerkschaft Nahrungsgenuß-Gaststätten einigte sich mit den Brauereikapitalisten auf eine Lohnerhöhung von 5,15 Prozent. Angesichts der realen Verteuerung der Lebenshaltung bedeutet dieser Tarifabschluß einen klaren Verzicht auf einen Ausgleich für die Preissteigerungen.

Der Kampf gegen den Abbau der Reallohne ist ein wichtiger Abschnitt im Kampf gegen die massiven Angriffe des Kapitals auf die sozialen Grundinteressen und auf die Rechte der Arbeiterschaft. Die

aktiven, klassenbewußten Gewerkschafter müssen deshalb ihre Vorbereitungen auf die Tarifrunde treffen und dabei Mittel und Wege suchen, damit trotz der Sabotage der DGB-Führung der Lohnkampf wirkungsvoll geführt werden kann. Diese Vorbereitungen müssen im Zusammenhang mit der Nachschlagsbewegung stehen. Die Forderung nach einem Nachschlag steht nach wie vor. Stärkt die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition! Das ist der beste Weg, um gegenüber den verräterischen Bonzen im DGB die Forderungen der Mitglieder zur Geltung zu bringen.

SKF-Stuttgart: 1 400 Arbeitsplätze bedroht

STUTTART.— Die Firma Schwedische Kugellagerfabriken GmbH in Schweinfurt will aus ihrem Werk in Stuttgart-Bad Cannstatt die Produktion von Wälzlager auslagern. Die Fertigung im Bad Cannstatter SKF-Werk soll im Zuge der schrittweisen Verlagerung völlig auf den bisher noch zweitrangigen Bereich der Textilmaschinenteile beschränkt werden. Gegenwärtig sind in diesem Bereich 1 100 Beschäftigte tätig, während in der Wälzlagerproduktion 1 400 Beschäftigte von der insgesamt 2 500 Beschäftigten zählenden Belegschaft arbeiten. Angeblich soll es keine Entlassungen geben. Aber die Kollegen schenken diesen Beschwichtigungsversuchen keinen Glauben. In verschiedenen Abteilungen führten die Kollegen Proteststreiks gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung durch.

10-Stunden-Tag und Bezahlung unter Tarif Ausbeuter wie sie im Buche stehen

Bericht eines ehemaligen Beschäftigten der Firma Gebr. Wenger

ARBEITERKORRESPONDENZ.— Die Firma Gebr. Wenger in Herten ist ein Großhandelsunternehmen für Kartoffeln.

Bei Wenger sind ca. 50 Arbeiter(innen) beschäftigt. Der Stundenlohn beträgt dort für die Frauen 7,80 DM, für die Männer 8,15 DM. Im Tarifvertrag sind 8,35 DM festgelegt. Die Kollegen werden also um 40 Pf. bzw. 20 Pf. betrogen.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt mindestens 10 Stunden, meistens mehr. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß die Kollegen erst um 21.00 Uhr Feierabend hatten. Laut Tarifvertrag ist die tägliche Arbeitszeit acht Stunden.

Alles was darüber liegt, ist mit 25 Prozent Überstundenzuschlag zu vergüten. Von diesem Geld

haben die Kollegen noch nie etwas gesehen. Bei 10 Stunden Arbeit werden die Kollegen hier um ca. 4 DM betrogen.

Gewerkschaftsmitglieder wurden in der Vergangenheit wegen Arbeitsmangels entlassen. Erst vor kurzem wurde eine Kollegin gefeuert, weil sie sich beim Chef über die Zustände im Betrieb beschwerte.

Selbstverständlich gibt es auch keinen Betriebsrat. Aber der Kampf um die berechtigten Forderungen beginnt. Es hat sich eine Kollegengruppe gebildet, die sich zum Ziel gesetzt hat, diese Mißstände zu beseitigen.

Sie fordert: 1. Zulassung eines Betriebsrates. 2. Tariflichen Stundenlohn. 3. Sofortige Zahlung von 25 Prozent Überstundenzuschlag.

12. Gewerkschaftstag der IG Bergbau

„Millimetergenaue Einstimmigkeit“

Adolf Schmidts scheinheiliges Bekenntnis zur Kohle

Am Vorabend der Feier zum 90. Jahrestag der deutschen Bergarbeitergewerkschaft fand in Dortmund der 12. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie statt. Dieser Gewerkschaftstag zeichnete sich durch eine geradezu gespenstische „Harmonie“, durch das völlige Fehlen jeder Art von Kritik und Meinungsverschiedenheiten aus.

Die Tageszeitung *Frankfurter Rundschau* beschrieb den seltsamen Verlauf des Kongresses, der ja laut Satzung der höchste Ausdruck der innergewerkschaftlichen Demokratie darstellen soll, mit folgenden Worten: „Wo der Kurs so klar ist, da gibt es nicht mehr viel zu diskutieren. Mit ‚millimetergenauer Einstimmigkeit‘ wurden vom Gewerkschaftstag zwei Vorstandsresolutionen zur Energiepolitik verabschiedet und nach einer Handvoll Wortmeldungen brauchte es eine 20minütige Pause und zweier weiterer Gänge von Schmidt ans Mikrofon, um mit Anstand die vereinbarte Essenszeit und damit das Ende des Gewerkschaftstages zu erreichen.“

Man könnte es auch so ausdrücken: Auf dem Gewerkschaftstag gab es nur eine Meinung, nämlich die der IGBE-Bosse Adolf Schmidt, Hans Alker und Kumpene. Kein einziger

Delegierter wagte es, das Maul aufzumachen und einen oppositionellen Standpunkt zu vertreten.

Uns liegt es wahrlich fern, die undemokratischen Zustände in den anderen DGB-Gewerkschaften zu beschönigen bzw. zu vertuschen, daß auch dort die Mitgliederrechte unterdrückt werden. Aber gegenüber der Friedhofsruhe in den höheren Gremien der IGBE wirkt die Szene in den anderen Gewerkschaften geradezu demokratisch. Auf anderen Gewerkschaftstagen kommt es ja immerhin noch zu scharfen Auseinandersetzungen. Da werden bisweilen sogar gegen den Willen der Spitzenfunktionäre fortschrittliche Anträge und Beschlüsse verabschiedet.

Nicht so bei der IG Bergbau und Energie. Adolf Schmidt und Konsorten unterdrücken im Gewerkschaftsapparat rücksichtslos jede oppositionelle Regung. In den höheren Gremien

haben sie eine völlige Gleichschaltung durchgesetzt.

Auf den unteren Ebenen des IGBE-Apparates allerdings konnten sie die oppositionellen Kräfte nicht völlig ausschalten. Zwar wurden in der IG Bergbau schon längst die Vertrauensleute als gewählte Vertreter der Kollegen abgeschafft. Die IGBE-Führung hat sie durch „Vertrauensleute“ ersetzt, die von oben eingesetzt werden. Aber trotzdem gibt es unter ihnen auch fortschrittliche Kollegen. Auch gibt es in so manchem Ortsgruppenvorstand oppositionelle und klassenkämpferische Funktionäre, die bei den einfachen Mitgliedern Vertrauen genießen. Sie sind allerdings ständig in Gefahr, von den Gefolgsleuten Adolf Schmidt ausgeschaltet zu werden.

Verteidiger der Kohle

Der Kurs der IG-Bergbau-Führung sei klar, konstatiert die *Frankfurter Rundschau*. Fürwahr, er ist klar! Klar gegen die Interessen der Kumpels gerichtet. Ob in der Frage des Nachschlags, gegen den Schmidt sich

scharf ausgesprochen hat, ob in der Frage der Kernenergie, zu deren fanatischsten Befürwortern Schmidt gehört, oder ob in Sachen Antikommunismus, wo Schmidt und sein Lügenblättchen „Einheit“ einem Axel Springer echt Konkurrenz machen. Der Kurs dieses abgefeimten Arbeiterverräters ist klar an der Durchsetzung der Interessen der Monopolkapitalisten, insbesondere der Energiekonzerne, orientiert.

Natürlich kommt auch die IGBE-Führung nicht darum herum, ihre arbeiterverräterische Politik mit verlogenen Phrasen und scheinheiligen Bekenntnissen zu bestimmten Forderungen der Kumpels zu kaschieren. So brüstete sich Adolf Schmidt auf dem Gewerkschaftstag damit, daß er die Nutzung der einheimischen Kohle auf seine Fahne geschrieben habe. Und er klopfte sich selbst an die Brust: „Das, was jetzt in der Energiepolitik passiert, bestätigt die Argumente, die wir ununterbrochen seit fast einem Vierteljahrhundert vortragen.“

Daran ist etwas Wahres. Seit fast einem Vierteljahrhundert spielen die IGBE-Führer gegenüber den Kumpels ununterbrochen den treuen Verteidiger der Kohle.

den standfesten Kämpfer gegen die Ruinierung des westdeutschen Steinkohlebergbaus. Die ganze Wahrheit ist allerdings, daß in dieser ganzen Zeit die Bekenntnisse dieser scheinheiligen Herren zur Kohle nichts als Betrug und Augenschwermerei waren.

Niemals hätten die Zechenherren den Großteil der Steinkohleförderung an der Ruhr und an der Saar einer auf das profitablere Erdöl ausgerichteten Energiegewinnung opfern können, ohne daß es zu großen Streiks gekommen wäre. Niemals wäre es ihnen möglich gewesen, innerhalb der vergangenen 15 Jahre rund 400 000 Arbeitsplätze im bundesdeutschen Bergbau zu vernichten, hätten sie nicht die vollste Unterstützung durch die Bonzen der IG Bergbau gehabt. Diese Arbeiterverräter, die Vetter, Ahrendt, Schmidt und Alker, haben den Widerstand der Kumpels hintertrieben, sabotiert und abgewürgt. Sie haben den Energiekonzernen den Weg bei der hemmungslosen Zerstörung eines Großteils der Zechen geebnet, einer Zerstörung, die von „Vater Staat“ mit Abermillionen an Stilllegungsprämien vergoldet worden ist.

Judaslohn

Dafür erhielten die Bonzen ihren Judaslohn. Als „Arbeitnehmervertreter“ sitzen sie auf allen Ebenen der Ruhrkohle- und Saarbergwerke AG in den Aufsichtsräten und kassieren dort fette Tantiemen. IGBE-Führer wie Ahrendt und Vetter haben ihre Verräterdienste mit entsprechenden Karrieren honoriert bekommen. Adolf Schmidt gilt als Busenfreund seines Namensvetters Helmut Schmidt. Einen Ministerstuhl in Bonn oder einen ähnlich steilen Aufstieg rechnet er sich gewiß als spätere Station in seiner Karriere aus.

Es gibt im DGB wenige Gewerkschaftsführer, die es wagen, eine derartig offen reaktionäre, derartig bruchlos am kapitalistischen Profitinteresse ausgerichtete Politik zu betreiben. Ohne die totale Gleichschaltung der höheren Gremien des IGBE-Apparates wäre dies gar nicht durchführbar. Nur auf diese Weise kann die IGBE-Führung diesen radikal arbeiterverräterischen Kurs gegenüber der Basis durchsetzen. Es fragt sich allerdings: Wie lange noch? Denn auch in der IG Bergbau formiert sich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

90 Jahre Bergarbeitergewerkschaft

Montanmitbestimmung und IGBE-Filz

In den letzten beiden Ausgaben des *Roten Morgen* schilderten wir die Gründung der deutschen Bergarbeitergewerkschaft vor 90 Jahren im Ruhrgebiet. Wir gingen auf die Entwicklung des „alten Verbandes“ der Bergarbeiter ein, der mehr als ein Jahrzehnt an den Grundsätzen des revolutionären Klassenkampfes festhielt und kompromißlos für die Interessen der Arbeiterklasse eintrat. Anfang unseres Jahrhunderts aber machten sich in der Führung und im

Vor der Machtergreifung des Hitler-Faschismus und der Zerschlagung der Gewerkschaften durch den Nazi-Staat hatte sich in der Bergbaugewerkschaft unter Führung der KPD eine starke Opposition gegen die reformistischen Gewerkschaftsböden entwickelt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Viele Kumpels und aktive Gewerkschafter hatten sich der RGO angeschlossen. Sie organisierte die Kumpels im Kampf gegen die Zechenherren und gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung.

Nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands kämpfte die KPD in den westlichen Besatzungszonen für den Aufbau einer starken Einheitsgewerkschaft, in der allerdings keine Bonzen und Verräter das Heft in der Hand halten sollten, sondern konsequente Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse. Trotz der antikommunistischen Maßnahmen und Repressalien des reaktionären Besatzungsregime erlangte die KPD zunächst im Ruhrgebiet großen Einfluß unter den Bergarbeitern. Die KPD stellte Anfangs sogar den zweiten Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie. In dieser Zeit gehörten im Ruhrbergbau vorübergehend die Hälfte der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der von der KPD geführten Bewegung der revolutionären Gewerkschafter an.

Gewählte Vertrauensleute abgeschafft

Die Besatzungsmächte in den Westzonen und die deutschen

Monopolkapitalisten, die ihre alte Macht und Herrlichkeit wiederherstellen wollten, konnten eine klassenkämpferische, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in einem strategisch so entscheidenden Bereich wie der Montanindustrie, nicht dulden. Von Anfang an arbeiteten sie mit allen Mitteln darauf hin, eine „Einheitsgewerkschaft“ nach ihrem Geschmack zu erzwingen, eine Gewerkschaft, in der „bewährte“ reformistische Bonzen und Arbeiterverräter fest im Sattel sitzen.

Um das zu erreichen, schalteten sie unter anderem auch den amerikanischen und britischen Geheimdienst ein. Der Feldzug gegen den „kommunistischen Einfluß“ in der IG Bergbau wurde auch mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber den Mitgliedern der KPD geführt. Zunächst verdrängte man mit Hilfe von Intrigen und Unterdrückungsmaßnahmen die kommunistischen Kumpels aus dem Funktionärskörper. Dann „säuberte“ man die IG Bergbau durch Ausschußterror systematisch von kommunistischen und anderen klassenkämpferischen Kollegen.

Möglich war dies jedoch nur, indem die Bonzen demokratische Strukturen in der Organisation abbauten. So zerschlugen sie zum Beispiel die gewählten Vertrauensleutekörper. Seitdem gibt es in der IG Bergbau — im Unterschied zu den anderen DGB-Gewerkschaften — nur noch Vertrauensleute, die vom Betriebsrat und vom Schacht-Gewerkschaftsvorstand eingesetzt werden.

Der Einzug in die Chef-Etagen

1951 wurde in der Montanindustrie (Bergbau sowie Eisen- und Stahlherzeugung) die paritätische Mitbestimmung, „Montanmitbestimmung“ genannt, eingeführt. Das wurde als große



Nach dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands wollten die deutschen Arbeiter vereint für ein neues Deutschland kämpfen; für ein Deutschland, das nicht mehr von raubgierigen Monopolkapitalisten beherrscht wird; für ein sozialistisches Deutschland. Aber die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer betrogen das arbeitende Volk. Mit ihrer Hilfe wurden im westlichen Teil Deutschlands die alten Machtverhältnisse wiederhergestellt. Das Foto zeigt eine Kundgebung für die Einheit der Arbeiterklasse im Jahr 1948 auf dem Burgplatz in Essen.

demokratische Reform ausgegeben, als Schritt zu der von den Arbeitern geforderten sozialen und politischen Neuordnung, zur Einschränkung der Macht der Monopole, die 1933 Hitler zur Macht verholfen hatten.

Heute wissen die Kumpels, daß von einer Neuordnung keine Rede sein konnte. Die Montanmitbestimmung änderte überhaupt nichts daran, daß die Krupp und Thyssen, die Finanz- und Industriemagnaten, erneut den Besitz der gewaltigen

Funktionärskörper des Verbandes Opportunisten breit. Sie vertraten einen reformistischen Standpunkt und erwiesen sich als Abwiegler, als Streikbrecher, die mit den Zechenherren und der Reaktion einen Pakt gegen die kämpfenden Arbeiter schlossen. Unser folgender Beitrag beschäftigt sich mit dem Gewerkschaftsapparat der IG Bergbau und Energie, der sich nach 1945 im westlichen Teil Deutschlands herausbildete.

gen Grundstoff- und Schwerindustrie in ihren Händen konzentrierten. Die Montanmitbestimmung brachte den Bergarbeitern und Stahlwerkern im Endeffekt keine Verbesserung ihrer Lage. Im Gegenteil. Sie führte stattdessen zu einer beispiellosen Verfilzung des Gewerkschaftsapparats mit den

der IGBE-Führung aktiv unterstützt worden war. In der RAG ist der gesamte Steinkohlebergbau des Ruhrgebiets konzentriert. Die Kapitalanteile werden von Mineralölgesellschaften, von den Stahl- und den Monopolen der Elektrizitätswirtschaft, teils auch vom Staat gehalten.

meinwirtschaft.

Damit aber ist die Verfilzung noch nicht umfassend aufgezeigt. Die Knappschaft, also die Sozialversicherung der Bergleute, ist paritätisch mit IGBE-Bonzen besetzt. Ferner ist die IGBE mit ihrer „Vermögens- und Treuhandgesellschaft der IG Bergbau und Energie“ Miteigentümer der Unternehmensgruppe „Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlebezirk GmbH“. Diese Gesellschaft, die mit hohen staatlichen Zuschüssen subventioniert wird, beherrscht mehrere Wohnungsbau-Gesellschaften.

Der Gewerkschaftsapparat der IGBE ist für seine besonders reaktionäre Rolle berüchtigt. Eine Erklärung dafür liegt eben in seiner extremen Verfilzung mit dem Monopolkapital. Dadurch haben sich die Konzernherren in diesem Apparat eine besonders arbeiterverräterische, besonders korrupte und skrupellose Schicht von Bonzen herangezogen, die sich völlig mit den Profitinteressen ihrer „Sozialpartner“ identifizieren.

Das Leben des Bergarbeiters wird in allen möglichen Bereichen, vom Arbeitsplatz über die Zechenwohnung bis hin zur Freizeit, Krankheit und Rente von dieser korrupten Arbeiteraristokratie „mitbestimmt“.

Die abschließende Folge unserer Serie über die Bergarbeitergewerkschaft im nächsten *Roten Morgen* beschäftigt sich mit der Rolle der IGBE-Führung beim großen Zechensterben und bei den Kämpfen der Kumpels für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, und gegen Rationalisierung und Lohnabbau.

Korrupter IGBE-Filz

Die Gewerkschaftsböden erhielten in dem gewaltigen Unternehmen 120 Aufsichtsrats- und Direktorenposten. Darüber hinaus durften sie auch in Aufsichtsräte der Mineralölkonzerne und Elektrizitätswirtschaft einzeln. Adolf Schmidt, der Vorsitzende der IGBE wurde stellvertretender Aufsichtsrat der VEBA sowie der DGB-eigenen Bank für Ge-

Immer neue Betriebsschließungen

Was ist los bei AEG?

Elektromonopole in der Krise

Meldungen über Betriebsschließungen und Entlassungen bei AEG-Telefunken jagen einander. Neuestes Beispiel: AEG-Kanis Essen, das bisher letzte Glied einer langen Kette. Seit 1974 wurden 13 Betriebe aufgegeben, 25.000 Arbeiter und Angestellte entlassen, keine Dividende an Aktionäre ausgezahlt.

Walter Cipa, der „Diktator“ genannte Topmanager der AEG, wurde von dem damaligen Vorstand der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, als Stilllegungsfachmann geholt. Er verfährt ganz offensichtlich nach der Devise „Klotzen statt kleckern“. Immer tiefer geht die von ihm organisierte Radikalkur für den Konzern, der einst ein Flaggschiff des deutschen Kapitalismus war.

Was sind die Gründe dafür? Gab es ein Mißmanagement bei der AEG, wie es überall in der Presse steht, oder ist das ein Anzeichen einer Krise der gesamten Elektroindustrie? Nicht nur die AEG-Arbeiter, die bereits so viel erdulden mußten, stellen sich diese Frage, sondern auch die Werktätigen der ganzen Elektrobranche.

Die ersten Monopole

Die deutsche Elektroindustrie war die erste Wirtschaftsbranche überhaupt, in der es die absolute Vorherrschaft einiger weniger Monopole gab. Siemens, gestützt auf die Deutsche Bank, und die AEG, hervorgegangen aus der Deutschen Edison-Gesellschaft und geschaffen von einem Bankenkonsortium, beherrschten das Feld uneingeschränkt. Zwei riesige Konzentrationswellen zwischen 1900 und 1910 sorgten dafür, daß auch größere Konkurrenten ausgeschaltet wurden. Außer einer relativ geringen Beteiligung der General Electric Company an der AEG war in dieser Branche kein ausländisches Kapital in Deutschland wirksam. 1913 beschäftigten die beiden großen Monopole rund 150.000 Werktätige, genau 75 Prozent aller in der Branche Arbeitenden.

Um das Jahr 1907 wurde ein Weltkartellvertrag geschlossen, mit dem sich vier Monopole den Weltmarkt aufteilten: Siemens, AEG und die beiden US-Monopole General Electric und Westinghouse Electric. Dieses Kartell wurde nach beiden Weltkriegen erneuert.

1929 wurde die General Electric Großaktionär bei der AEG und hatte noch während

des Dritten Reichs ihre Männer im Aufsichtsrat.

Die Auferstehung

Das Imperium der Siemens und der AEG war nach der Niederlage der deutschen faschistischen Diktatur weitgehend zerschlagen. Die beiden Monopole gehörten aber zu den ersten, die ihren Wiederaufstieg feiern konnten.

Die Kreditvergabe durch das amerikanische „Amt für gegenseitige Sicherheit“ im Rahmen des Marshall-Plans hat hier eine wichtige Rolle gespielt. Oberster Beauftragter dafür war Harold Stassen, der gleichzeitig Vizedirektor der Morgan-Bank war. Die Finanzgruppe der Morgans aber beherrschte die General Electric Company, die dadurch wieder alleiniger Großaktionär der AEG wurde, mit 10 Prozent des Aktienkapitals.

Die Wiederauferstehung der beiden Elektromonopole mußte von ihnen teuer bezahlt werden: Zum ersten Mal war nach dem zweiten Weltkrieg ausländisches Kapital in größerem Umfang in der Branche angelegt, 1969 betrug es bereits rund 650 Millionen Mark.

Die größten Elektrobetriebe nach Umsatz in Westdeutschland 1978 (Zahlenangaben in Milliarden DM):

1. Siemens	29,009
2. AEG-Telefunken	14,097
3. Bosch GmbH	9,618
4. IBM	6,318
5. Deutsche Philips	4,204
6. Brown, Boveri	3,784
7. Grundig	2,956
8. SEL	2,797

Nicht nur ausländische Kapitalgruppen sind also jetzt wesentlich stärker vertreten als

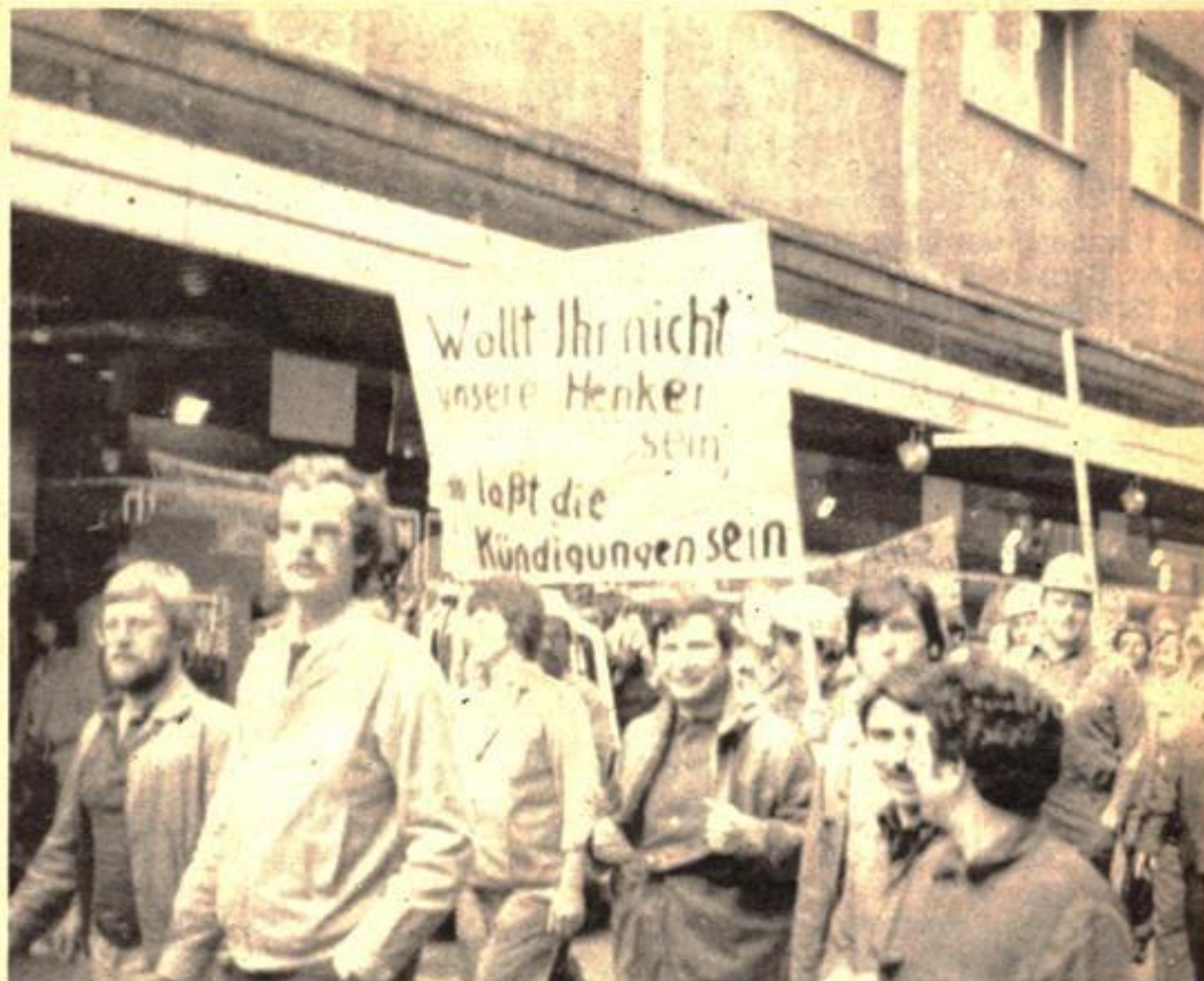
vor dem zweiten Weltkrieg, sondern auch den Aufstieg neuer deutscher Monopole, Bosch und Grundig, mußten sie hinnehmen.

Und international trat ein neuer Konkurrent auf: Die japanischen Elektromonopole, die ihren Anteil am Weltexport von 1964 bis 1974 von 9,5 auf 15,5 Prozent gesteigert haben und seitdem weiter auf ca. 17 Prozent, wobei die USA und die Bundesrepublik jeweils ca. 21 Prozent Anteil haben.

Wettlauf der Elektroriesen...

Siemens und AEG hatten stets gegenüber neuen Konkurrenten eine gemeinsame Linie eingeschlagen. Der Kampf untereinander um Platz eins, um die größeren Profite aber war nie aufgegeben worden, denn ihr Ziel ist der Maximalprofit. Von Mitte der fünfziger Jahre ab faktisch bis Anfang der siebziger Jahre kämpfte AEG verzweifelt darum, an Siemens heranzukommen. Das Kapital dafür kam vor allem von der General Electric Company, die zahllose Firmenkäufe finanzierte. Aber die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals engte die Möglichkeiten ein, die die AEG hatte.

Bei den neuen Märkten, die nach dem Krieg entstanden waren, den Computern und den Atomkraftwerken, wo die AEG zunächst führend war, mußte man sich wegen General Electric auf die Entwicklung von je einem Modell beschränken; Auflagen, die Siemens nicht hatte. Die AEG-Siedewasserreaktoren wurden ebenso vom Markt gedrängt wie der Computer TR 440. So mußte AEG, im Verhältnis zu Siemens, mit immer weniger



Demonstration der Belegschaft von AEG-Kanis Essen gegen die drohende Werksschließung.

Profit auskommen und wurde aus der KWU, aus Osram und aus der Trafounion weitgehend herausgetrieben. Alle gehören inzwischen zu den profitträchtigsten Siemens-Betrieben.

Heute kann von einem Wettrennen der beiden Monopole keine Rede mehr sein, Siemens hat diesen Kampf gewonnen.

Rechnet man den Umsatz der 50prozentigen Beteiligungen von Siemens mit, so hat die Gruppe im letzten Jahr 35 Milliarden Mark Umsatz gehabt, gegenüber den 14 der AEG. Knapp 40 Prozent also nur noch, vor zehn Jahren waren es noch über 70 Prozent gewesen. Während Siemens im letzten Jahr Profite in Höhe von 4,6 Milliarden Mark erzielte, erreichte AEG gerade noch 1,5 Milliarden, noch nicht einmal ein Drittel. In diesem Wettlauf hat derjenige die Oberhand behalten, der die größeren Kapitalreserven hatte: Siemens.

...auf dem Rücken der Arbeiter

Die Beschäftigten der Siemens-Gruppe können sich über diesen Sieg allerdings nicht freuen. Als Siemens die Osram-Werke allein übernahm, wurde erst einmal ein Drittel der Belegschaft gefeuert. Über 100.000 Arbeitsplätze verlegten die Herren von Siemens ins Ausland, nach Lateinamerika und Asien vor allem. Die Siemens-Belegschaft im Inland blieb zwischen 1960 und 1978 nahezu gleich bei rund 210.000 Arbeitern und Angestellten, der Umsatz wurde in dieser Zeit rund verdreifacht.

Die AEG errichtete 88 Werke im Ausland, wo sie rund 40.000 Arbeitsplätze hinverlagerte. In den letzten Jahren, von 1970 bis 1977 erhöhte der AEG-Konzern den Profit pro Arbeiter von rund 7.000 auf rund 16.000 Mark im Jahr.

Beide Monopole investierten in den letzten zehn Jahren mehrere Milliarden Mark in die Rationalisierung ihrer Werke, die Vernichtung, Verlagerung und Produktivitätssteigerung der Arbeitsplätze.

Dieser Rationalisierungskampagne begegnen die Belegschaften mit zahlreichen Kampfaktionen. AEG gehört nicht umsonst zu den am meisten bestreikten Betrieben, meistens allerdings kleinere Streiks

einzelner Werksbelegschaften. Einen koordinierten Kampf zu organisieren, wäre angesichts der Vielzahl kleinerer AEG-Werke die Aufgabe der IG Metall, deren Führung aber dem Sanierungskonzept Cipa grundsätzlich zugestimmt hat. Auch die Belegschaften anderer Elektrokonzerne wie Siemens und Bosch führten immer wieder Kampfaktionen durch, auch im Ausland, in jüngster Zeit in Indien, Griechenland und Brasilien.

Denn die Rationalisierungswelle im Kampf um Profit erfaßt keineswegs nur die Arbeiter von AEG. In den Jahren von 1973 bis 1975 verloren insgesamt 126.000 Arbeiter und Angestellte der Elektrobranche ihre Arbeitsplätze.

Wie sieht es in der Branche aus?

Das AEG-Geschäft hatte 1977 folgende Zusammensetzung: Energie und Industrietechnik 26 Prozent, Nachrichten und Verkehrstechnik 17 Prozent, Serienprodukte 17 Prozent, Bürotechnik 6 Prozent, Konsumgüter 33 Prozent.

In der Bürotechnik ist die AEG aus dem Computermarkt ganz herausgedrängt. Auf diesem Markt herrscht alleine IBM mit 60 Prozent Weltmarktanteil. Siemens, Honeywell und Nixdorf kämpfen um Marktanteile. IBM proklamierte hier vor kurzem, gleich zwei neue Computergenerationen auf den Markt zu bringen und so ihren Weltanteil weiter zu erhöhen auf Kosten der Konkurrenten. Der Kleincomputermarkt allerdings eröffnet hier neue Möglichkeiten.

Im Bereich der Energietechnik zeigen sich mit den Schließungsplänen für die Kanis-Werke die Auswirkungen der absoluten Monopolstellung der KWU bei Atomkraftwerken, die es ihnen ermöglichen, in der gesamten Turbinentechnik eine Vorrangstellung einzunehmen.

Im Bereich der Kabelwerke findet schon längere Zeit ein verschärfter Konkurrenzkampf statt, der auch schon zu Stilllegungen und Kurzarbeit bei verschiedenen Monopolen geführt hat, nicht nur bei AEG.

Auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik verschärfen sich seit Jahresbeginn die Krisenerscheinungen. Entlassungen und Kurzarbeit bei Nordmende, Grundig, SABA und Blaupunkt waren ebenso an der Tagesordnung wie bei AEG.

Im Hausgerätebereich, wo die AEG bisher noch führend ist, ist mit dem Zusammenschluß von Siemens und Bosch zur gemeinsamen Hausgerätefabrikation ein neuer, mächtiger Konkurrent entstanden, der bereits halb soviel Umsatz macht wie AEG.

Die Aufkäufe von Philips, die die Felten & Guillaume von der belgisch-luxemburgischen Arbed kauften, die sich bei Grundig einkauften, ebenso wie die Übernahme der Nordmende durch das französische Monopol Thomson-Brandt zeigen, daß sich die Konkurrenz in diesem Bereich weiter verstärken wird. Auch die Zunahme der Importe aus Japan um fast 25 Prozent in einem Jahr sind ein Anzeichen dafür.

Aus allen diesen Tatsachen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es sich keinesfalls um eine bloße Hauskrise der AEG handelt, sondern um Krisenerscheinungen, die verschiedene Teilbereiche der Elektroindustrie in unterschiedlichem Ausmaß getroffen haben. Die Frage nach dem Mißmanagement bei AEG läßt sich also negativ beantworten. In diesem Konkurrenzkampf mußte es auch unter den Monopolen Verlierer geben, und das ist die AEG.

Aber der eigentliche Verlierer bei diesem Kampf um Profit ist die Arbeiterklasse, sind die Werktätigen. Denn, wenn die Aktionäre keine Dividende erhalten, so ist das kein Zeichen eines Verlustes für die wahren Herren. AEG macht nach wie vor große Profite, zahlt jährlich an die Banken Hunderte von Millionen Mark, überweist seinen Anteil nach USA. Die kleinen Aktionäre sind ja für die wahren Herren nur als Kapitallieferanten interessant, ihre Dividenden sind keinerlei Maßstab.

Die Opfer, die die Arbeiter zu bringen hatten und die ihnen auch in Zukunft aufgezungen werden sollen, sind dagegen real. Immer mehr Arbeitsplätze werden vernichtet oder verlagert werden, immer scharfer und mörderischer wird das Arbeitstempo werden, einen immer größeren Zeitraum ihrer Arbeitszeit werden sie ausschließlich für den Profit der Herren der Elektromonopole arbeiten müssen. Um dem zu entgehen, werden sie ihren Kampf verstärken müssen, werden sie vor allem ihren oft nur lokalen Widerstand besser organisieren müssen, werden sie dafür sorgen müssen, daß die Gewerkschaft ihren Kampf fördert.



Farbige Siemens-Arbeiter in Südafrika: Allein der größte Elektromonopolbetrieb verlagerte mehr als hunderttausend Arbeitsplätze ins Ausland.



Etwa 10000 antifaschistische Demonstranten sorgten am 14. September dafür, daß Strauß seinen Essener Auftritt nach 20 Minuten abbrechen mußte.

Bericht aus Essen

„Strauß raus aus dem Revier!“

Nach 20 Minuten — Abbruch der Strauß-Rede

ESSEN. — Schon um 15 Uhr war die Essener Innenstadt von Polizeitruppen regelrecht belagert, ein Zeichen für hohen Besuch. Und als der hohe Gast vom Bürgermeisterkandidaten der CDU als der kommende Kanzler der

Denn ab diesem Moment ging alles weitere in einem mächtigen Pfeifkonzert unter, wie es kräftiger kaum in der Schalker Westkurve zu hören ist. 20000 Menschen waren da am Essener Burgplatz versammelt. Und gut die Hälfte der Menge war entschlossen, Franz Josef Strauß nicht zu Wort kommen zu lassen. Strauß, der über die Presse hatte mitteilen lassen, er wolle in einer eineinhalbstündigen Rede sein Revierprogramm entwickeln, mußte unter schrillen Pfiffen, nicht endenwollenden Sprechchören und einem Eierhagel nach 20 Minuten abbrechen.

Hin und wieder, wenn der Protest etwas abgeebbt war, konnte man einige Brocken seiner Worte oder besser gesagt seines ohnmächtigen, nahezu hysterischen Geschreis verstehen. Das Blut konnte einem in den Adern gerinnen; da war nichts mehr zu spüren von dem ehrbaren und weltmännischen Staatsmann, zu dem man ihn aufzubauen im Begriffe war. Da war Strauß Original-Ton, da war der fanatische Antikommunist, der nicht umsonst nicht nur von der Union, sondern auch von den meisten neonazistischen Gruppen als Führer anerkannt wird.

Bundesrepublik vorgestellt wurde, war jedem klar, daß der Auftakt der Strauß'schen Ruhrgebietstournee ein glatter Reinfall werden würde.

Da schöpfte er sein ganzes schmutziges Vokabular gegen die antifaschistischen Demonstranten aus; da schrie er mit überschlagender Stimme von „Pöbelbanden“, „linken Rowdies“. Der ehemalige nationalsozialistische Führungsoffizier schreckte nicht einmal davor zurück, die nach Tausenden zählenden Antifaschisten als die „besten Nazis, die es je gegeben hat“, zu verunglimpfen; er, dessen Stimme wie die Hitlers klingt, nicht nur vom Tonfall her, diffamierte die Jugendlichen, die Gewerkschafter als „beste Schüler Goebbels“; und dann,

„Wir werden nicht einen Zollbreit zurückweichen und den demokratischen Rechtsstaat nicht von denen kaputt machen lassen, die die kommunistische Diktatur wollen. Wir werden aufräumen, wir wissen, wie wir dem roten Terror begegnen müssen.“

Diese faschistischen Hetztiraden machten jedem klar, daß es Strauß selber ist, der die demokratischen Rechte, die die sozialliberale Koalition noch übriggelassen hat, vollends abschaffen will. Anderen Tags hatten die Führer von SPD und FDP nichts besseres zu tun, als

sich in aller Schärfe vom massenhaften antifaschistischen Protest zu distanzieren. Die Essener SPD hat gleich vorher vor Strauß kapituliert und ein schon geschriebenes Flugblatt erst gar nicht mehr gedruckt.

Doch die größte Abwiegelei war nicht in der Lage, den Proteststurm aufzuhalten. Schon um 15 Uhr fand in Essen eine Protestdemonstration gegen den Strauß-Besuch statt, in die sich etwa 1500 Jugendliche und Gewerkschafter einreihen. Auf Transparenten wurde Strauß als Gewerkschaftsfeind

gebrandmarkt. Auch das geplante Treffen zwischen Vetter und Strauß wurde scharf verurteilt.

Die Genossen der KPD/ML und der Roten Garde beteiligten sich nach Kräften an den Protesten gegen Strauß. Der Rote Morgen und der Rote Rebell wurden verkauft, Aufkleber und Anstecknadeln fanden reißenden Absatz, und auch die soeben erschienene Broschüre „Stoppt Strauß“ wurde von vielen Menschen mit Interesse erworben.



Schon zwei Stunden, bevor der hohe Gast eintraf, glich die Essener Innenstadt einer Polizeifestung.

Urteilsverkündung im Kühnen-Prozeß Nur vier Jahre für Bandenchef Richter duldet faschistische Hetze

BÜCKEBURG. — Am Donnerstag, den 13. September, wurden im Bückeburger Prozeß gegen die faschistische Terrorbande um den ehemaligen Bundeswehroffizier Kühnen die Urteile gesprochen. Während einige Bandenmitglieder Gefängnisstrafen zwischen acht und elf Jahren erhielten, kam der Hauptangeklagte mit vier Jahren Freiheitsentzug davon.

Daß es überhaupt zu einer Verurteilung gekommen ist, kann sicherlich auf die wachsende Empörung der Werktätigen gegen das immer dreistere und zunehmend gewalttätigere Auftreten der Neonazis zurückgeführt werden. Insgesamt aber war das Gerichtsverfahren gegen die Nazi-Terroristen ein einziger Skandal. Der Hauptangeklagte Kühnen wurde ausdrücklich von dem Vorwurf freigesprochen, er habe eine terroristische Vereinigung aufgebaut.

Unertlich für jeden Demokraten und Antifaschisten waren insbesondere die letzten

Verhandlungstage, an denen die Angeklagten und ihre Anwälte ungestört ihre faschistische Hetze propagieren durften.

Das Vorgehen der Justiz gegen die Nazis ist in keiner Weise geeignet, die immer stärker aufkommenden braunen Horden in die Schranken zu weisen. Im Gegenteil — bei der Schwere der Verbrechen, die die Kühnen-Bande begangen hatte, sind die vergleichsweise niedrigen Strafen eine Ermunterung für Hitlers neue Schüler, weiter mit terroristischen Methoden gegen Demokraten und Antifaschisten vorzugehen.

Trotz Kriegshetze:

Kein Strafprozeß gegen „Merkur“

MÜNCHEN. — Die Staatsanwaltschaft München hat das Ermittlungsverfahren gegen die Zeitung Merkur in Sachen „Aufstachelung zum Angriffskrieg“ (Paragraf 80a Strafgesetzbuch) eingestellt.

Der stellvertretende Chefredakteur hatte Ende Juni in einem Leitartikel geschrieben, bevor „es zu Bürgerkriegen um die Energie kommt, sollte man den Ölerpressern das Handwerk legen“. Er bezeichnete es als Ziel der Westmächte, die Ölfelder zu besetzen. Vier Rechtsanwälte hatten daraufhin Anzeige erstattet.

Doch der Staatsanwaltschaft war der Artikel nicht reißerisch genug, um den Tatbestand der Kriegshetze zu erfüllen. Außerdem sei nicht

zweifelsfrei erwiesen, ob sich auch die Bundeswehr an einem derartigen Angriff beteiligen solle.

Vielleicht hat es sich noch nicht bis zur Münchner Staatsanwaltschaft herumgesprochen, daß die Bundesrepublik zu den Westmächten gehört. Vielleicht ist sie aber auch der Ansicht, bei der Besetzung der Ölfelder würde es sich um einen Verteidigungskrieg handeln, eben um die Verteidigung der Interessen der Ölmultis.

Bericht aus Köln

KPD/ML verteidigt einheitliches Vorgehen gegen Strauß

SDAJ scheiterte mit Spaltungsversuchen

KÖLN. — Ende August wurde bekannt, daß Strauß die Absicht hatte, am Freitag, den 14. September, auf einer CDU-Veranstaltung in der Kölner Sporthalle zu sprechen. Sofort rief die Initiative gegen Reaktion und Faschismus zu einem Vorbereitungstreffen auf. Das wurde von der KPD/ML und der Roten Garde unterstützt.

Auf dem Treffen, an dem verschiedene Strauß-Gegner teilnahmen, wurde eine Gegenkundgebung in der Nähe der Sporthalle festgelegt. Außerdem wurde vereinbart, in der Sporthalle den Protest zu organisieren, falls das taktisch durchführbar sein sollte.

Ein erstes Flugblatt, das zur Gegenkundgebung aufrief, wurde verbreitet, das unter anderem auch von der Roten Garde unterstützt wurde. Da die Front gegen Strauß noch nicht breit genug war, wurden die DGB-Jugend und verschiedene Jugendvertretungen angesprochen. Der DGB-Jugendsekretär verhielt sich jedoch recht zurückhaltend, er wollte ohne den Segen der Bonzen nichts unternehmen.

Auf einem weiteren Vorbereitungstreffen tauchten plötzlich SDAJ-Funktionäre auf und erklärten, sie seien die einzigen, die den Widerstand gegen Strauß repräsentierten, und wenn man wolle, könne man ja an einer SDAJ-Kundgebung teilnehmen, natürlich ohne eigene Flugblätter und ohne Redner. Natürlich war ein

Zusammengehen mit der SDAJ unter diesen Bedingungen unannehmbar.

Mit den Falken konnte man sich einigen. Sie wollten zur Gegenkundgebung mobilisieren und auch einen Redner stellen.

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wandte sich die SDAJ über die Falken an die Initiatoren der Gegenkundgebung mit der Bitte, doch auch einen Redner stellen zu dürfen, was auch zugesagt wurde.

Doch am 14. September zeigte sich, daß die SDAJ es mit der Einheit keineswegs ernst meinte. Zusammen mit der DKP machte sie einen riesigen Propagandarummel unmittelbar vor der Sporthalle und schaffte es so, daß niemand zum Ort der genehmigten Gegenkundgebung hinging, der etwas weiter weg lag. Den Falken machten sie das Angebot, auf ihrer Kundgebung zu sprechen, die Initiatoren der Gegenkundgebung waren unerwünscht, weil die Rote Garde mitunterzeichnet hatte.

Die Falken waren anständig genug, dieses Angebot auszusagen. DKP und SDAJ

ließen dann die Katze aus dem Sack. Ihr Plan war ein Fackelzug in die Kölner Innenstadt, um so die antifaschistischen Demonstranten vom Ort des Geschehens wegzubringen.

Doch auch dieser letzte Spaltungsversuch mißlang gründlich. Die Initiatoren der Gegenkundgebung riefen sofort



Ankunft von Strauß in der Kölner Sporthalle; die aufgespannten Regenschirme schützten den Kanzlerkandidaten vor der „Begeisterung“ seiner „Fans“.

HAMBURG. — Die Sache drang erst an die Öffentlichkeit, als der achtjährige Oliver Ludwig die Stillhaltetaktik der zuständigen Behörden mit dem Leben bezahlen mußte. Oliver, sein Bruder Thomas und ein gemeinsamer Freund hatten sich in dem kaum abgesicherten Chemie-Werk Stoltzenberg Sprengstoff

besorgt. Als sie damit im Keller des Hauses Langbardheide 137 herumexperimentierten, geschah das Unglück. Oliver starb auf dem Weg ins Krankenhaus; Thomas erlitt schwere Verbrennungen; ihrem Freund wurde eine Hand abgerissen.

Die Bevölkerung ganzer Stadtteile schwebte in Lebensgefahr

In Eidelstedt wurde Giftgas produziert

Der Bonner Staat ist in den Skandal verwickelt



Oliver Ludwig (8) mußte sterben, weil die Behörden die Existenz von Sprengstoff auf dem Betriebsgelände verschwiegen hatten.

Stück um Stück sickerte durch, was sich im Laufe der letzten 35 Jahre auf dem Gelände des Chemie-Werks Stoltzenberg alles angesammelt hatte. Bausenator Lange sprach vor einer Woche von etwa 600 Tonnen hochbrisanten Chemikalien und Sprengstoffen. Vor allem das gefährliche Phosgen-Gas, „Grünkreuz“ lagert in mittlerweile halb verrosteten Behältern im Boden des Firmengeländes. Phosgen ist ein Gemisch aus Kohlenmonoxid und Chlor; selbst das Einatmen kleinster Mengen kann zum Tode führen.

Weiter wurden bisher sichergestellt: 400 Tonnen Zinkschlamm (Abfallprodukt zur Herstellung von Nebeltöpfen) 70 bis 80 Tonnen englische Nebeltöpfe, 70 Tonnen Mörsermunition (Kaliber 20 Millimeter), zentnerweise chemische Lösungen zur Herstellung von Kampfstoffen und Sprengmaterial (Kaliumchlorat, Glycerin, Aktivkohle, Schwefel, etc.). In einer abgelegenen und baufälligen Baracke wurden 13 Tonnen Nebelkerzen vom Typ DM 1 gefunden, die von dem Stoltzenberg-Werk seit 1958 für die Bundeswehr produziert wurden.

Am Sonntag wurden sogar 35 Kilogramm des lebensgefährlichen Giftgases Tabun gefunden. Dieses noch unter Hitler entwickelte Gift kam im zweiten Weltkrieg nicht mehr zum Einsatz. Es wurde von der IG Farben entwickelt und ist etwa zwei- bis dreitausendmal wirkungsvoller als das aus dem ersten Weltkrieg bekannte Senfgas. 1955 stellte die Bayern-Werke AG einen Patentantrag für Soman und andere dem Soman ebenbürtige Kampfmittel ein.

Die Behörden haben alles gewußt

- 1971 richtete die FDP-Abgeordnete Schuchardt in Sachen Stoltzinger eine Anfrage an den Hamburger Senat. Durch Enthüllungen des Schriftstellers Wallraff, auf die wir noch zu sprechen kommen, argwöhnte sie, daß auf dem Firmengelände größere Mengen Giftgas lagern könnten. Die Antwort wurde viermal umformuliert, und schließlich beschied man sie, die Vorwürfe seien übertrieben und aufgebauscht.

- 1974 enthüllte der Hessische Rundfunk in einer Reportage, daß seit geraumer Zeit etwa

5000 Liter Phosgen, Senfgas und andere chemische Kampfstoffe zwischen Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Hamburg hin- und hergeschoben wurden. Firmen, die sich bereitfanden, das Gas zu vernichten, konnten sich eine goldene Nase damit verdienen. Es ist nicht auszuschließen, daß verschiedene Firmen sich eine ganz besonders goldene Nase verdienen wollten und das Gift einfach vergruben, um die Vernichtungskosten zu sparen.

- Zwischen 1976 und 1977 kam es auf dem Firmengelände zu mehreren Brandfällen, über die es Berichte der Feuerwehr gibt — in irgendwelchen Akten-schränken.

- Im März dieses Jahres teilte ein besorgter Hamburger Bürger der Leitstelle für Umweltschutz mit, daß er auf dem Stoltzenberg-Gelände Giftmüll vermute. Das Umweltschutzamt leitete das Schreiben an das Bezirksamt Eimsbüttel weiter, wo es auf Nimmerwiedersehen

im Aktenordner verschwand.

Aufräumarbeiten unter Lebensgefahr

Wie groß die Gefahr war, die die Behörden gegenüber der Bevölkerung bewußt verschwiegen haben, zeigt sich bei den Aufräumarbeiten auf dem Gelände der Chemie-Fabrik. Mittlerweile dürfen nur noch vier Spezialisten gleichzeitig in schwerem Kampfanzug und schwerer Gasmaske das Gelände betreten. Sie müssen schon nach einer Stunde wieder ausgetauscht werden.

Die Giftgasbehälter werden von Bundeswehrkonvois, die vom Verteidigungsminister rekrutiert worden sind, nach Munster gebracht. Ständig ist ein Löschzug und ein Notarztwagen dabei, und die Autobahn wird für den übrigen Verkehr gesperrt.



Ohne Gasmasken konnte man nicht mehr das Gelände des Chemiewerks Stoltzinger betreten.

Giftgas für Bonn Wallraffs Enthüllungen

Um nachzuweisen, daß die Bundesrepublik chemische Kampfstoffe produzieren läßt, hatte der Schriftsteller Günter Wallraff als Herr Kruse vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) Ende der 60er Jahre ein Telefongespräch mit Stoltzingers Prokuristen Leuschner geführt. Heute ist Leuschner Eigentümer der Firma. Im folgenden ein Auszug aus dem Buch *13 unerwünschte Reportagen*:



„Guten Tag, Herr Leuschner“, sage ich, „hier ist Kruse, BWB. Ist es möglich, daß wir in der nächsten Zeit noch einmal größere Mengen Stickstofflost über Sie beziehen?“ [...]

„Ja, das können wir machen“, sagt er nur, „wieviel soll's denn sein?“

„Nun, diesmal brauchen wir fast die doppelte Menge vom vorigen Mal“, sage ich, und „wieviel hatten wir beim letzten Mal noch bestellt, wie liegt denn jetzt der

Preis?“

Leuschner: „Die Preise sind ziemlich hoch, es wird viel verlangt zur Zeit. Sie hatten damals — soweit ich mich erinnere — ca. 35 kg von uns bekommen.“ [...]

Kruse: „Ich habe nicht mehr genau den Überblick. Wie teuer ist der Stickstofflost zur Zeit?“

Leuschner: „Fast der doppelte Preis ist das zur Zeit. Die ganzen Apparaturen und Zeltaufwände haben sich verschoben.“

Fast der doppelte Preis bedeutet etwa 1800 bis 2000 Mark pro kg Stickstofflost. Die Bundesregierung läßt sich ihre Kampfstoffversorgung an grob etwas kosten. [...]

Kruse: „Wann erfahre ich den Preis für die 60 bis 70 kg?“

Leuschner: „Ich schätze morgen.“ [...]

Die Firma Stoltzenberg hat außer Schwefelost und Stickstofflost auch noch andere Kampfstoffe zu bieten. Leuschner kommt auf die Verletzung von Dr. Neuhaus, dem ehemaligen Leiter der C-Abteilung der Erprobungsstelle zu sprechen: „Ja, ja, die Geschichte hab ich mitgemacht. Ich habe damals den Fehler gemacht. Wir haben Tabun in gewissen Mengen noch da, aber wir dürfen nicht nachliefern.“

Von den Kindern in Eimsbüttel ist zu erfahren, daß sie schon seit Jahren immer wieder tote Vögel oder Kaninchen auf dem Werksgelände finden.

Wer sind die Verantwortlichen?

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die städtischen Behörden sich schon immer mehr um die Belange der Kapitalisten als um die der Werktätigen gekümmert haben. Doch diese Erklärung reicht für das skandalöse Schweigen der Hamburger Stellen nicht aus. Alle haben sie im Bewußtsein der Wahrheit den Mund gehalten, der Senator für Arbeit und Soziales, der Präsident der Gesundheitsbehörde, der Chef der Leitstelle Umweltschutz, der Bezirksamtsleiter in Eimsbüttel, die Oberstaatsanwaltschaft und auch die Oppositionspartei. Immer wieder schafften sie es, Warnungen aus der Bevölkerung abzuwehren oder totzuschweigen.

Der wichtigste Grund für das standhafte Schweigen der Hamburger Lokalpolitiker und Bürokraten ist die Tatsache, daß höhere Stellen in den Hamburger Giftskandal verwickelt sind.

Der Schriftsteller Wallraff hat bereits im Jahre 1969 in seinen *13 unerwünschten Reportagen* enthüllt, daß Stoltzinger die chemischen Kampfstoffe, die das Leben und die Gesundheit der Hamburger Bevölkerung seit Jahren bedrohen, unter anderem auch im Auftrag des Verteidigungsministeriums hergestellt hat. (Siehe untenstehenden

Kasten) Und das darf auf keinen Fall an die Öffentlichkeit kommen, denn die Bundesrepublik hat sich ja bekanntlich feierlich dazu verpflichtet, keine ABC-Waffen herzustellen. Der Fall Stoltzinger führt aller Welt das Gegenteil vor Augen.

Hauptverantwortlich ist der aggressive Bonner Staat, der nicht davor zurückschreckt, die

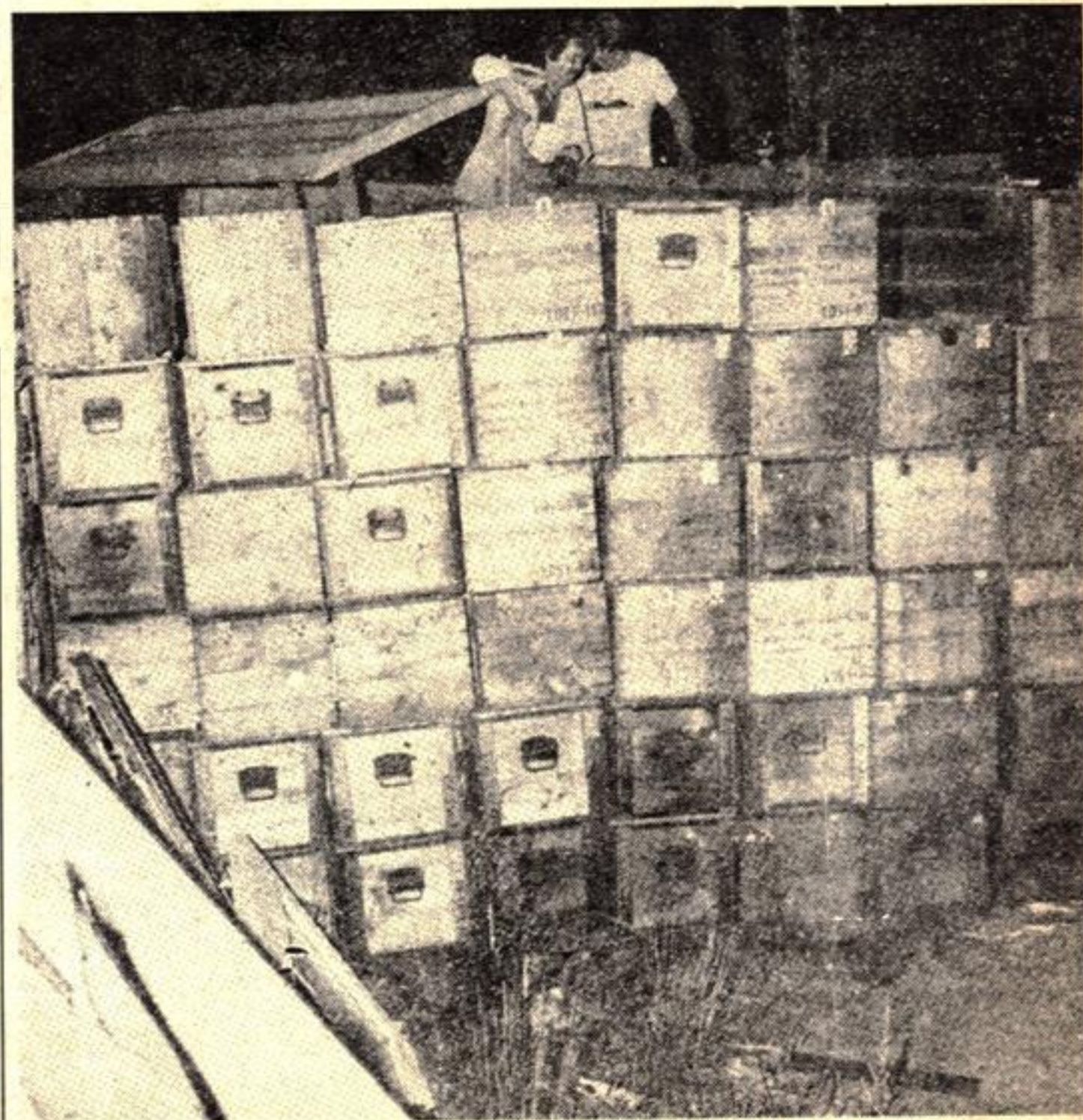
Bevölkerung einer Millionenstadt höchster Gefahr aussetzen, um in den Besitz todbringender Waffen zu kommen, um die Herstellung dieser Waffen zu verheimlichen.

Verantwortlich sind alle, die daran beteiligt waren, die diese illegale und verbrecherische Giftgasproduktion durchgeführt oder gedeckt haben. Sie müssen streng bestraft werden.



Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem, was wir haben, auch wenn es für uns sehr bittere Stunden geben wird, auch wenn das Risiko tödlich ist.“ [Franz Josef Strauß, 1957]

„Dabei soll die Ausbildung an A-, B- und C-Waffen, also an Atom-, bakteriologischen und chemischen Waffen, in den Vordergrund treten. Man muß den Soldaten der Bundeswehr die allermodernsten Waffen in die Hand geben und sie bis zur letzten technischen Perfektion daran ausbilden. Eine solche Armee wird dann ein machtvolles Instrument in der Hand des Politikers sein.“ [Franz Josef Strauß, 1958]



Fast vier Meter hoch türmt sich in den Kisten gefährlichstes Kriegsmaterial.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albanien, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbarem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand“.



Reisereportage
SVR ALBANIEN

rische und die heutige Wirklichkeit müssen vollständig widerspiegelt werden, alle Aspekte des sozialistischen Aufbaus müssen Eingang in die Literatur finden, und man darf sich nicht auf die Vergangenheit beschränken.

Natürlich ist auch der Nationale Befreiungskampf ein aktuelles Problem, denn er schuf ja die Grundlage für den Aufbau des Sozialismus. Trotzdem müssen die Fragen der Gegenwart einen größeren Raum in unserer Literatur einnehmen. Für den Schriftsteller ist das natürlich schwieriger. Handelt es sich doch darum, alle Widersprüche, die unser Leben heute bestimmen — die antagonistischen wie auch die nichtantagonistischen — widerzuspiegeln. Und da muß man natürlich sehr scharfsinnig sein, denn man behandelt ja einen Prozeß, der noch in Bewegung ist, während die Periode des Krieges doch

Schriftsteller auf das Leben, auf die lebendigen Entwicklungsprozesse hinstoßen, indem wir ihn in die Lage versetzen, die Helden unseres neuen Lebens zu gestalten — mit all den Problemen, denen sie ausgesetzt sind, mit ihrem Kampf gegen all die Schwierigkeiten, gegen Schwankungen, den Bürokratismus usw.

Deshalb weist die Partei auch uns Schriftsteller an, uns mit allen Aspekten der Wirklichkeit vertraut zu machen, das tägliche Leben der Menschen kennenzulernen, in alle Bewegungen der gesellschaftlichen Entwicklung einzudringen. Diese und andere Probleme werden in unserer Presse, in den Diskussionen des Verbands behandelt, und dadurch übt der Verband auch seine Rolle als Organisation zur Anregung der Kulturschaffenden aus.

RM: Sie haben gerade über einige Probleme der heutigen

nen. Er ist Erbe der besten künstlerischen Methoden, die in der Vergangenheit entwickelt wurden. Von der Klassik übernahm der zum Beispiel das Problem der Verpflichtung des Menschen gegenüber der Gesellschaft, die Kritik an der Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Lasterhaftigkeit der herrschenden Klassen usw. Alle diese Dinge sind von der Klassik selbst allerdings nicht als gesellschaftliche Widersprüche aufgefaßt worden, sondern als Eigenschaften des Menschen schlechthin. Sie sah darin den Kampf des Guten mit dem Schlechten. Es stellte sich heraus, daß mit den Methoden der klassischen Kunst die großen Probleme der damaligen Gesellschaft nicht gelöst werden konnten.

Dann kam die Romantik, von der gesellschaftlichen Entwicklung selbst im Gefolge der großen bürgerlichen Revolution

Realismus eine der wichtigsten Grundlagen für den sozialistischen Realismus geworden; unbeschadet der Tatsache, daß auch diese Methode — bei aller Tiefe der Kritik an der Bourgeoisie — die bestehenden Verhältnisse nur verbessern, nicht aber umwälzen wollte. Jedoch hat Marx nicht umsonst gesagt, er habe von Balzac (französischer kritischer Realist) mehr gelernt als von den englischen Ökonomen.

Der sozialistische Realismus hat also keineswegs „reinen Tisch“ mit allen Methoden der Vergangenheit gemacht. Er hat all das, was wirklich gut ist an ihnen, bewahrt und übernommen. Der sozialistische Realismus steht fest auf einer materialistischen Grundlage und eröffnet den Blick auf die Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung. Die vielfältigen Erscheinungen des heutigen Lebens, was bedeuten sie, worauf

„Der Schriftsteller bei uns ist mit dem Land und den Menschen eng verbunden“

Interview mit dem albanischen Schriftsteller Dritero Agolli

Dritero Agolli ist der Vorsitzende des albanischen Schriftsteller- und Künstler-Verbands, zugleich einer der populärsten Autoren des Landes. Manchem unserer Leser wird er bekannt sein als Verfasser des Romans „Kommissar Memo“ und des großen Gedichts „Mutter Albanien“. Beide Werke gehören zu den wenigen Zeugnissen albanischer Literatur, die auch dem deutschsprachigen Leser zugänglich sind. Bis heute noch kann man die Zahl der Übersetzungen — leider — an den Fingern einer Hand abzählen.

Das folgende Gespräch mit Dritero Agolli habe ich im Haus des Schriftstellerverbands in Tirana geführt. Die Themen waren sehr weit gesteckt. Wir haben uns über Aufbau und Aufgaben des Verbands unterhalten, über die Probleme des sozialistischen Realismus, die soziale Stellung des Künstlers in Albanien und natürlich auch über den „Kommissar Memo“. Der besseren Lesbarkeit wegen sind im folgenden alle Fragen und Einschübe fett gesetzt.

„Wir haben sehr viele Romane, die den Nationalen Befreiungskampf, aber zu wenige, die die heutige Realität behandeln.“

RM: Beginnen wir mit einem kurzen Überblick über den Verband, dessen Vorsitzender Sie sind.

D.A.: Unser Verband ist eine freiwillige Organisation, die über tausend Mitglieder und Kandidaten umfaßt. Er hat ein leitendes Komitee von 21 Genossen, das aus dem Kongreß des Verbands hervorgegangen ist. Mindestens zweimal im Jahr organisiert das Komitee ein Plenum über die verschiedenen Probleme der Literatur und der Kunst. Der Verband versteht sich als eine Organisation zur Anregung der Schriftsteller. Das heißt, es werden die verschiedenen Meinungen über Fragen der

Ästhetik, der Philosophie und der Ethik behandelt, es werden schöpferische Diskussionen über neu erschienene Bücher geführt, über die Probleme, die in unserem Schaffen auftauchen, etwa das Problem des Helden, des nationalen Charakters unserer Literatur. Wir sprechen darüber, wie die Kunst und Literatur dem Entwicklungsrhythmus unserer Gesellschaft folgen können und anderes mehr. All das spielt eine wichtige Rolle für die weitere Erziehung unserer schöpferischen Kräfte. Die Probleme

abgeschlossen ist.

Den heutigen Prozeß der Entwicklung zu gestalten ist also schwieriger, und das bringt auch Gefahren mit sich. Eine dieser Gefahren ist die, daß der Schriftsteller den Schwierigkeiten ausweicht, daß er in Schematismus verfällt. Da wird dann zum Beispiel die aktuelle Realität wie ein Blumenbeet ausgemalt, von den Kämpfen, der Mühsal, den vielgestaltigen Problemen findet man da nichts mehr. Diese Tendenz findet man übrigens sehr stark bei den Chinesen. Sie haben



In Albanien sind die Schriftsteller keine der Wirklichkeit ent-rückten Träumer. Unser Bild zeigt den bekannten Schriftsteller Ismail Kadare, als er für längere Zeit in einer Fabrik arbeitete.

bleiben nicht in der Schweberei, sie werden geklärt, und zwar unter der Führung der Partei.

RM: Was sind denn konkret solche Probleme, um deren Lösung sich die albanischen Schriftsteller heute bemühen?

D.A.: Nehmen wir die Poesie. Sie ist bei uns in einem weiter entwickelten Zustand als die anderen Künste, weil sie gute Traditionen in unserem Land hat. Aber sie muß natürlich auch weiter voranschreiten. Und da gibt es solche Auffassungen, daß ein Vers einfach nur als schön und gelungen angesehen wird, man aber nicht über ihn diskutieren mag. Oder die Vielfältigkeit: Wir müssen uns sehr darum bemühen, daß unsere Poesie nicht eintönig wird.

Das Problem, das uns am meisten auf den Nägeln brennt, ist jedoch das der richtigen Thematik. Wir haben zum Beispiel sehr viele Romane, die den Nationalen Befreiungskampf, aber zu wenige, die die heutige Realität behandeln. Die histo-

albanischen Literatur gesprochen, und ich kann diese Probleme sehr gut nachvollziehen. Die Anmerkungen über die frühere sowjetische Literatur hat ja deutlich gemacht, daß es sich hier — abgesehen von bestimmten Besonderheiten — auch allgemein um Probleme des sozialistischen Realismus handelt. Was Sie gesagt haben, steht aber auch im deutlichen Widerspruch zu den Behauptungen der bürgerlichen Ideologen, daß nämlich der sozialistische Realismus grundsätzlich eine kunstfeindliche, schematische, den Kulturschaffenden „von oben“ diktierte Methode sei.

„Der sozialistische Realismus ist aus dem Leben selbst, aus der Entwicklung der Gesellschaft entstanden.“

D.A.: Die bürgerlichen Ideologen greifen immer den sozialistischen Realismus an. Sie nennen ihn eine „von oben“ aufgezogene Methode. Denn ihnen scheinen die realen Probleme, die der Mensch heute hat, nur Dinge der Agitation zu sein. Sie greifen die Methode an, in Wirklichkeit aber zielen sie mit ihren Attacken auf den Sozialismus selbst. Denn er ist es ja, der diese Methode hervorbringt, die sie nicht akzeptieren wollen.

Was heißt „von oben aufgezogen“? Das ist natürlich Unsinn, denn der sozialistische Realismus ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Er ist aus dem Leben selbst, aus der Entwicklung der Gesellschaft entstanden. Er ist die einzige Methode, mit der die sozialistische Literatur ihre Probleme lösen kann. Warum? Weil allen anderen Methoden die Perspektive fehlt. Sie haben keine Antworten auf unsere Fragen. Wohin steuert die Gesellschaft? Wohin geht der Mensch, was soll er tun? Unsere Aufgabe ist es, nicht nur die Gesellschaft zu betrachten, sondern sie auch zu verändern. So hat es Marx gesagt.

Der sozialistische Realismus hat jedoch auch seine Traditionen.

in Frankreich hervorgebracht. Sie verfügte über eine mächtige Waffe, indem sie auf die innere Welt des Menschen zielte, etwa bei Schiller oder Heine. Auch diese schöne Seite übernahm der sozialistische Realismus. Wobei natürlich auch die Romantik nicht tief in die Widersprüche der Gesellschaft eindrang, sondern sich schließlich nur mit den Leidenschaften beschäftigte. Sie war idealistisch, und konnte gesellschaftliche Entwicklungen nicht analysieren. Bezeichnend war aber die Tatsache, daß sie die negativen Seiten der Gesellschaft mit aller Schärfe verurteilte. Zum Beispiel „Kabale und Liebe“ von Schiller, das war ganz tendenziös. Wir haben dieses Stück vor einem Monat wieder aufgeführt. Es hatte sehr viel Erfolg. Manche Dinge, die dort angesprochen sind, berühren auch Aspekte unserer heutigen Gesellschaft. Aber auch Schiller hat natürlich nicht den Klassenkampf, der die Gesellschaft verändern will, zur Grundlage seines Stückes gemacht.

Auch die Romantik blieb nicht bestehen. Es entwickelte sich der kritische Realismus, der eine der wichtigsten Schritte im Entwicklungsgang der Literatur ist. Denn er war imstande, die Gesellschaft gründlich zu analysieren, und er stellte die Bourgeoisie wahrheitsgetreu dar. Und eben weil er materialistisch war, ist der kritische

läuft alles hinaus? Der sozialistische Realismus steht auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, und er zeigt, daß dieser Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats und darüber hinaus zum Verschwinden der Klassen führen wird. So ist er als eine neue, eine qualitativ neue Methode entstanden. Das grundlegende Prinzip des sozialistischen Realismus ist die Parteilichkeit, seine revolutionäre Klassentendenz.

„Wir brauchen in unserer Literatur den Helden, der selbst mit im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Umwandlungen steht.“

RM: Sie erwähnten vorhin als eines der hauptsächlichen Probleme der heutigen albanischen Literatur das Problem des Helden. Mir scheint, daß — wenn auch unter anderen Bedingungen — die moderne bürgerliche Literatur ebenfalls diesem Problem gegenübersteht.

D.A.: Heute ist das Problem des Helden das hauptsächliche des sozialistischen Realismus. Denn der Held ist ja der Motor eines jeden Werkes. Sehr viel

Fortsetzung auf Seite 10



Dritero Agolli: Kommissar Memo

Roman über den Befreiungskampf des albanischen Volkes gegen die faschistische Besatzung. 322 Seiten, DM 4,80. Verlag 8 Nentori, Tirana 1976. Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, 46 Dortmund 30, Postfach 300526

Interview mit dem albanischen Schriftsteller Dritero Agolli

Fortsetzung von Seite 9

hängt also davon ab, wie er gestaltet wird. Und er darf eben nicht nur einer sein, der die Gesellschaft beobachtet und ihre Entwicklungsprozesse einfach nur registriert. Wir brauchen den Helden, der selbst mit im Mittelpunkt der Umwälzungen steht, der aktiv die Umwälzungen mit vorantreibt.

Was die bürgerliche Literatur betrifft, so möchte ich an die große Diskussion erinnern, die Mitte der sechziger Jahre über den Roman geführt wurde. Viele Schriftsteller aus Ost und West, auch große Schriftsteller, waren an dieser Diskussion beteiligt. Man sagte, der Roman stecke in einer Krise, ja sogar, der Roman als besondere Form hätte sich überlebt. In Wirklichkeit aber handelte es sich gar nicht um eine Krise des Romans, sondern um eine Krise des Helden.

In einem großen Teil der Romane, die heute geschrieben werden — es gibt natürlich auch fortschrittliche — ist der Held ein Psychopath, ein nutzloser Mensch, einer, der außerhalb der Gesellschaft steht: eben der seelisch Kranke, der Verkrüppelte, der Desillusionierte oder der gleichgültig und fernde der gesellschaftlichen Gegenüberstehende wie der Typ des Existenzialisten.

Ein solcher Held ist natürlich alles andere als ein aktiver, für die gesellschaftliche Umwälzung kämpfender Mensch. Im Gegenteil, er ist nur ein Hindernis dieser Umwälzung. Scheinbar ist er ein Revoltierender, einer, der sich empört. Tatsächlich jedoch ist er nur eine Stütze der bestehenden Gesellschaftsordnung. Mit der Gestaltung solcher Helden wird von den wirklichen äußeren Kämpfen abgelenkt. Und tatsächlich genießt diese Literatur ja auch alle Unterstützung der offiziellen Kreise, die natürlich eine Literatur, in der Helden des sozialistischen Realismus gestaltet werden, nie unterstützen würden.

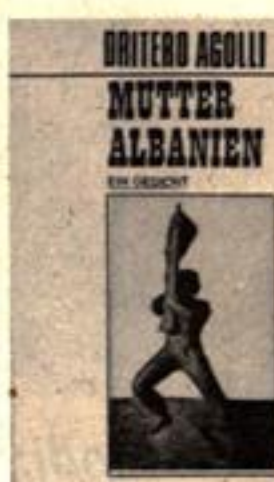
„Wir fassen den nationalen Charakter unserer Kunst als ein Kettenglied auf, das uns von anderer fortschrittlicher Literatur nicht trennt, sondern uns mit ihr vereint.“

RM: Worin besteht für die albanische Literatur das andere Problem, das Sie eingangs ansprachen, das Problem ihres nationalen Charakters?
D.A.: Wir haben uns auch

damit in den letzten Jahren sehr eingehend beschäftigt. Der albanische sozialistische Realismus hat ja in dieser Hinsicht seine eigenen Merkmale. Darin unterscheidet er sich zum Beispiel vom früheren bulgarischen sozialistischen Realismus. Das sind keine Unterschiede im Wesen, wohl aber in der Methode. In bezug auf den nationalen Charakter der Kunst geben. Zweitens: Unter den heutigen konkreten Bedingungen, wo wir die Bestrebungen der Supermächte erleben, sich in die Angelegenheiten der kleinen Nationen einzumischen und sie sogar auszulöschen, ist dieses Problem von besonderer Wichtigkeit.

Wir haben dieses Problem immer im marxistischen Sinne behandelt, indem wir es mit dem Problem der Revolution verbunden haben, ganz so, wie Lenin und Stalin die nationale Frage behandelt haben. Wir fassen den nationalen Charakter als ein Kettenglied auf, das uns von anderer fortschrittlicher Literatur nicht trennt, sondern uns mit ihr vereint. Weil die Parteilichkeit, die Klassentendenz, für uns das Grundlegende ist, fassen wir auch das nationale Problem als dem Sozialismus untergeordnet auf.

Wir verstehen unter dem nationalen Charakter die Eigenarten eines Volkes in einer bestimmten Zeitspanne, die natürlich auch eine Widerspiegelung der ökonomischen, der materiellen und geistigen Entwicklung sind. Dabei gibt es jedoch auch Verbindungen und Gemeinsamkeiten mit anderen Völkern. Nehmen wir als Beispiel den „Kommissar Memo“. Dort wird die antifaschistische Erziehung des Menschen behandelt. Selbstverständlich ist das ein allgemeines Problem. Was aber die Entwicklung und die Erziehung des Kommandanten Rrapo in diesem Roman angeht, so ist das ein besonderes albanisches Problem. Ähnlich verhält es sich auch mit der Gestaltung von anderen Themen. Die Liebesbeziehungen der Partisanen — da gab es bei uns Besonderheiten, die man nicht auf die französischen oder italienischen Partisanen übertragen könnte. Oder nehmen wir ein Drama über die Bodenreform. Das Problem der Bodenreform besteht natürlich auch in anderen Ländern. Aber wir haben es gelöst, und in einer Weise gelöst, die sich auch von den in den ehemaligen sozialistischen Ländern angewandten Methoden unterscheidet. Es gibt also viele solcher Besonderheiten. Der Schriftsteller muß, um sie zu gestalten, tief in das Leben seines Landes und auch in die Geschichte eindringen.



**Dritero Agolli:
Mutter Albanien**

Ein Gedicht, geschrieben im 30. Jahr der Befreiung Albaniens. 84 Seiten, DM 2,10. Verlag 8. Nentori, Tirana 1976. Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, 46 Dortmund 30 Postfach 3005 26

Grußbotschaft an die 7. Nationale Parteikonferenz der KP Brasiliens

ZK der KPD/ML
An das
ZK der KP Brasiliens

Liebe Genossen!
Wie wir erfahren haben, hat die KP Brasiliens kürzlich ihre 7. Nationale Konferenz abgehalten. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML sendet euch und der gesamten Partei aus diesem Anlaß brüderliche, revolutionäre Kampfgrüße.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die 7. Nationale Konferenz eurer Partei mit ihren Beschlüssen im Geist des Marxismus-Leninismus dem revolutionären Kampf der brasilianischen Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den übrigen werktätigen Schichten einen neuen Aufschwung erhalten wird, beitragen wird zur Verstärkung des Kampfes unter Führung der KP Brasiliens für den revolutionären Sturz der faschistischen Generaldiktatur, für die Befreiung des Landes vom Imperialismus, für den Sieg von Freiheit, Demokratie und Sozialismus.

Die KP Brasiliens ist eine kampferprobte, marxistisch-leninistische Partei, die an der Spitze der wachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volks Brasiliens steht. In den 15 Jahren ihrer blutigen Herrschaft ist es der faschistischen Diktatur nicht gelungen, die KP Brasiliens zu zerschlagen. Obwohl sie Schläge hinnehmen mußte, setzte sie ihren Kampf unbeugsam fort. Auch durch die jüngsten Manöver der brasilianischen Reaktion und des hinter ihr stehenden USA-Imperialismus, die gezwungen waren, einen faschistischen General durch einen anderen auszuwechseln, ließ sich eure Partei nicht täuschen. Die

unzerstörbare Stärke der KP Brasiliens besteht in ihrer bedingungslosen Treue zu den siegreichen Lehren des Marxismus-Leninismus, in ihrer richtigen marxistisch-leninistischen Linie, wobei sie eine flexible Taktik anwendet, um die Massen an die Revolution heranzuführen.

Die KP Brasiliens ist eine angesehene Abteilung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Sie hat den Kampf

Ebenso stand und steht sie im Kampf gegen die konterrevolutionäre „Drei-Welten-Theorie“ gegen den chinesischen Revisionismus und die antimarxistischen Mao-Tse-tung-Ideen mit an der Spitze. Sie verteidigt entschieden die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Die KP Brasiliens und

rialismus, der in Brasilien starken Einfluß hat und sich auf die faschistische Generalclique stützt. Gemeinsam haben unsere beiden Parteien den deutsch-brasilianischen Atomvertrag als imperialistisches Geschäft auf dem Rücken des brasilianischen Volkes bekämpft und dabei die chinesischen revisionistischen Verräter und ihre Anhänger entlarvt, die diesen imperialistischen Vertrag als Segen für die Völker im angeblichen Kampf gegen die Supermächte verkaufen wollten. Die Anwesenheit der Delegation eurer Partei bei unseren Veranstaltungen zum 10. Gründungstag und IV. Parteitag unserer Partei stellte eine wichtige Unterstützung für den Kampf unserer Partei dar und ist ebenso wie die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung von 18 marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zum Stalin-Jahr Ausdruck des Geistes des proletarischen Internationalismus, der die KP Brasiliens kennzeichnet.

Das Zentralkomitee der KPD/ML wünscht euch und der gesamten Partei weitere Erfolge in ihrem schweren, aber ruhmreichen Kampf für den Sieg der Revolution. Mögen sich die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien weiter entwickeln und festigen!

**Es lebe die 7. Nationale Konferenz der KP Brasiliens!
Es lebe die ruhmreiche KP Brasiliens!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!**

ZK der KPD/ML
Ernst Aust
Vorsitzender.



Trotz der blutigen Diktatur kämpft die brasilianische Arbeiterklasse: Streikende Arbeiter bei VW do Brasil.

gegen Bourgeoisie und Reaktion, gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus, vor allem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, stets mit dem Kampf gegen den modernen Revisionismus aller Schattierungen verbunden und die Reinheit des Marxismus-Leninismus entschieden verteidigt. Als erste kommunistische Partei der kapitalistischen Welt hatte sie 1962 auf ihrer 5. außerordentlichen Nationalen Konferenz mit den revisionistischen Verrätern gebrochen.

unsere Partei, die KPD/ML, verbinden enge brüderliche Beziehungen. Sie sind verbunden durch die gemeinsamen Ideale des Marxismus-Leninismus und kämpfen für die gemeinsame Sache, den Sieg der proletarischen Revolution, den Sieg des Sozialismus und Kommunismus. Unsere Partei betrachtet die Erfolge eurer Partei als ihre eigenen, tragen sie doch bei zur Schwächung des Imperialismus und Sozialimperialismus, insbesondere auch des westdeutschen Impe-

Streik im öffentlichen Dienst Italiens

Am Beginn einer neuen Streikwelle

Inflation wird immer schlimmer

MAILAND. — Am Donnerstag, den 13. September, führten die Werktätigen des öffentlichen Dienstes in Italien einen 24stündigen Generalstreik durch. Eisenbahner,

Immer schwerer lastet die Inflation auf den italienischen Werktätigen. Die Inflationsraten brechen alle Rekorde. Insbesondere seit 1975, als der Spitzenverband der Unternehmer und die Führungen der großen italienischen Gewerkschaften ein Abkommen trafen, nur noch alle drei Jahre Tarifverhandlungen zu führen, nutzen die Kapitalisten diesen Zeitraum, um durch massive Verteuerung aller Güter ihren Profit zu steigern, während den Werktätigen gleichzeitig gesagt wird, sie hätten stillzuhalten, da ja Tarifverträge laufen. Schon damals hatten die italienischen Werktätigen mit einem großen Streikkampf sich das Recht auf eine gleitende Lohnskala erkämpft.

Diese „scala mobile“ wird im öffentlichen Dienst zweimal im Jahr, in der Industrie und im Handel viermal im Jahr angewendet, um die Löhne und Gehälter den gestiegenen Preisen einigermaßen anzupassen. Die Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels, so gab die italienische Regierung kürzlich selbst offen zu, erhalten dadurch einen jährlichen Inflationsausgleich von 70 Prozent, die Werktätigen des öffentlichen Dienstes aber nur von 30 Prozent.

Auch die italienischen Arbeiter wurden in den letzten Monaten besonders vom Preisterror der Ökonomiegeheuer getroffen, der die Inflationsrate weiter ansteigen ließ.

Besonders stark wirkte sich dies eben auf die im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen aus, die deshalb jetzt auch als erste zu Kampfmaßnahmen gegriffen haben.

Jetzt haben die Regierung und die Unternehmerverbände einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet, der einen offenen Angriff auf die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung bedeutet: Aus dem Warenindex, nach dem die gleitende Lohnskala berechnet wird, sollen die Mineralölpreise herausgenommen werden. Der Bereich, wo die Preise am meisten hochgetrieben wurden, soll also einfach nicht mehr mitberechnet werden. Das heißt, daß die gleitende Lohnskala praktisch unwirksam wird, und die Arbeiter und Angestellten bis Juni 1981, wenn die laufenden Tarifverträge enden, nahezu schutzlos der Preistreibeerei ausgesetzt wären. So wollen die Monopolherren, die Milliarden wie die Agnelli und Medici, ihren Plan von 1975 doch noch durchsetzen, natürlich mit Hilfe ihrer Regierung.

Zöllner und sonstige öffentliche Bedienstete befolgten den Streikaufruf aller Gewerkschaften nahezu hundertprozentig.

Deshalb werden jetzt in allen Gewerkschaften und in allen Bereichen, auch der Industrie und des Handels, Vorbereitungen zu Streikämpfen

ten getroffen, die sich sowohl gegen die bereits herrschende Inflation, als auch gegen die weiteren Pläne der Kapitalisten richten werden.



Demonstration von 25000 Krankenhausangestellten in Florenz.



Rebellen haben einen sowjetischen Hubschrauber abgeschossen.

Tarakis Diktatur wankt

Aufbruch in Afghanistan

Sowjetische Besatzungsmacht letzte Stütze des Regimes

KABUL. — Jeden Tag treffen in den letzten Wochen neue Meldungen ein über bewaffneten Widerstand gegen das Taraki-Regime. Während die von sowjetischen Beratern geführte Armee, in deren Reihen auch viele Tausende sowjetischer Soldaten kämpfen, mit beispiellosem Terror

liest man die westliche Presse über die heutigen Vorgänge in Afghanistan, so kann man glauben, das Land stehe vor nur zwei Alternativen: entweder die Taraki-Diktatur weiter zu ertragen oder eine islamische Regierung zu bekommen. Denn alle Nachrichten, die hier veröffentlicht werden, sprechen nur von der islamischen Partei als Organisatorin der Aufstände. Diese Partei, die Islamische Bruderschaft, hat

im Lande selbst aber schon seit langem als Kraft der äußersten Reaktion gedient, die mit Blut und Terror gegen die Volksbewegung, die zum Sturz des Königs Zahir geführt hat, vorging.

Sie vertritt die Interessen der Großgrundbesitzer, die ihre Position durch das Taraki-Regime als gefährdet erachten.

Kein Wort verläutet darüber, daß es aber auch noch ganz andere Quellen für den

gegen das Volk vorgeht, vermehren sich die Kräfte des Kampfes gegen die Diktatur dieser sozialfaschistischen Clique. 100 000 Tote und 60 000 politische Gefangene hat dieser Kampf bisher gekostet. Immer größere Teile der Armee desertieren und werden durch sowjetische Soldaten ersetzt.

Widerstand des afghanischen Volkes gegen die Taraki-Leute und ihre russischen Oberherren gibt.



Taraki: Sein Regime hängt von Moskaus Waffen und Soldaten ab.

• Den anderthalb Jahrhunderte dauernden Kampf um nationale Unabhängigkeit seit dem ersten großen Sieg über die englische Kolonialarmee.

• Die elende soziale Lage der Bevölkerung, die sich seit dem Putsch Tarakis nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Denn Tatsache ist, daß die sowjetischen Sozialimperialisten dieses Land hemmungslos ausplündern. Bezeichnend dafür ist, daß bereits zwei Tage nach dem Putsch, am 29. April 1978 ein erster Vertrag abgeschlossen wurde und zwar der Vertrag über „Die gesunde Ausbeutung des Erdgases zwischen Afghanistan und der Sowjetunion“. Allein bis Juni 1978, also innerhalb von nur zwei Monaten, wurden nicht weniger als zehn weitere Verträge geschlossen im militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Bis heute ist die Zahl solcher Verträge auf über hundert angewachsen.

Nur wenige Tage nach dem Putsch reisten die ersten sowjetischen Militärberater an. Heute schätzt man, daß über 40 000 russische Soldaten in die afghanische Armee integriert sind. Daß sie dort das Kommando haben, zeigt sich auch an solchen Einzelheiten wie dem nebenstehenden Jubelschreiben des angeblichen Oberkommandos über die

Sowjetarmee und deren Jubiläum.

Diese russischen Soldaten haben nicht nur Offiziersrang innerhalb der afghanischen Armee, sondern sie leiten faktisch auch die Militärgerichtsbarkeit. Sie haben das Recht, auch Todesurteile gegen afghanische Zivilisten zu fällen — ein wahres Besatzerstatut!

Diese in Wirklichkeit fast russische Armee verübte bereits unzählige Verbrechen am afghanischen Volk. Eines der blutigsten Ereignisse war im März 1979 die Bombardierung der

Afghanistan in Stichworten

Afghanistan ist ein Land, rund dreimal so groß wie die Bundesrepublik, das dünn besiedelt ist: etwa 20 Millionen Einwohner.

Ungefähr 90 Prozent der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Über 2 Millionen sind Nomaden. 95 Prozent Analphabeten, eine Lebenserwartung von wenig mehr als 25 Jahren, ein Arzt auf 20 000 Einwohner, keinerlei Versicherung, 40 Mark Durchschnittsverdienst eines Arbeiters, wobei ein Kilo Fleisch ca. 85 Mark kostet, das sind einige Zahlen, die das Elend in diesem Land veranschaulichen.

Im Land sind reiche Bodenschätze: Eisenerz, Kohle, Kupfer, Blei, Uran, Öl und vor allem Erdgas.

Die Früchte der harten Arbeit der Landbevölkerung werden von der Feudalklasse, den 38 000 Großgrundbesitzern, angeeignet, die über 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutz-

fläche und des Tierbestands verfügen.

Das jetzige Regime, die Diktatur der prosovietischen Taraki-Clique kam durch einen blutigen Putsch am 27. April 1978 an die Macht. Sie stürzten das Daud-Regime, das seinerseits 1973 ebenfalls durch einen Putsch an die Macht gekommen war.

Unter der Regierung Daud hatte es einen heftigen Kampf um den Haupteinfluß in Afghanistan gegeben. Die sowjetischen Sozialimperialisten mußten erleben wie unter Dauds Diktatur, die sie zunächst als Volksrevolution bezeichnet hatten, der USA-Imperialismus und auch die westdeutschen Imperialisten zunehmend an Einfluß gewannen. So organisierten sie den Putsch, begannen Daud als Diktator zu bezeichnen und stützten sich auf die Chalkpartei Tarakis.

Der Mangel dieses Kampfes ist dabei der, daß die fortschrittlichen Kräfte, zu denen auch verschiedene islamische Gruppierungen gehören, keine einheitliche Organisation, kein einheitliches Vorgehen besitzen. In verschiedenen Regionen des Landes aber stehen fortschrittliche Gruppierungen an der Spitze des Kampfes.

Darauf beruhen die Hoffnungen, daß der Sieg über die Taraki-Clique und ihre sowjetischen Herren nicht dazu führt, daß sich erneut der amerikanische Imperialismus an die Stelle

der russischen Imperialisten setzt.

Denn der Kampf, den das afghanische Volk führt, ist sehr stark und hat bereits vielen tausend Besatzern und Taraki-Leuten das Leben gekostet.

Der Vorfall, der vor einigen Wochen durch die Presse ging, als viele russische Berater getötet wurden, ist kein Einzelfall. Verschiedene Städte waren schon wochenlang in den Händen der Aufständischen und konnten erst durch massiven Einsatz der Luftwaffe vom Regime zurückerobert werden.

Und dieser Kampf, das kann man aus allen Nachrichten sehen, wird trotz des maßlosen russischen Terrors weitergehen. So lange, bis Taraki und seine Chalkpartei verjagt sind und mit ihnen ihre Herren.

Afghanische Militärangewiesung Das Armeekommando sitzt in Moskau

Auszüge aus einem Rundbrief des Oberkommandierenden der afghanischen Armee

„An die Befehlshaber der politischen Büros der Luftwaffe, der Luftverteidigung, der Divisionen...

Zwecks der möglichststen Stabilisierung der Freundschaft zwischen den Armeen Afghanistans und der Sowjetunion gemäß des neuen Freundschaftsvertrages wird folgende Anweisung gegeben:

1. In den Monaten (etwa März und April 79) sollen in allen Divisionen, Teil- und Gesamtabteilungen und Instituten des Verteidigungsministeriums der DRA Abendveranstaltungen zur Freundschaft zwischen Afghanistan und der Sowjetunion sowie Diskussionen mit den militärischen Spezialisten und Beratern der Sowjetunion organisiert und durchgeführt werden.

Über die Kriegserfahrung der sowjetischen Armee, über die Stabilisierung der Freundschaft zwischen Afghanistan und der Sowjetunion und über die militärische Solidarität der bewaffneten Kräfte des Volkes der DRA mit den bewaffneten Kräften der UdSSR müssen Reden und Vorträge gehalten werden und Meinungs- und Meinungsaustausch stattfinden.

2. Anlässlich des 61. Gründungstages der sowjetischen Armee müssen über die Sowjetunion und ihre bewaffneten Kräfte politische Informationen geliefert und Konzerte,

Filmfestivals sowie Fotomessen organisiert und durchgeführt werden.

3. In allen Divisionen usw. sollen die Erläuterung und das gemeinsame Studium der Werke des Genossen Breshnew „Kleine Erde“ und „Revolution“ vorbereitet und organisiert werden und mit den Offizieren wissenschaftliche Veranstaltungen über die genannten Werke gehalten werden.

4. Im Verlauf des Studiums der Themen sieben und acht des Plans für die politische Erziehung der Soldaten und Unteroffiziere muß die Erläuterung der Stabilisierung der Freundschaft und der Solidarität zwischen den Völkern der Sowjetunion und Afghanistans sowie der Herstellung der militärischen Solidarität der Streitkräfte als eine wichtige Gewähr für die ununterbindbare Verwirklichung der Ziele der Revolution vom 27. April und als Erfolg für den Aufbau einer neuen Gesellschaft für die DRA besonders Beachtung geschenkt werden.

5. Alle Ausführungen sollen auf die zukünftige Erziehung aller Angehöriger im Geiste der unerschütterlichen Freundschaft Afghanistans und der Sowjetunion gezielt sein.

Der Generalvorsitzende der politischen Angelegenheiten der Streitkräfte des afghanischen Volkes, Mohammed Egbal.“



Bauern in Afghanistan: Die Früchte ihrer Arbeit, die sie mit primitivsten Mitteln machen müssen, nehmen sich die Großgrundbesitzer. 75-90 Prozent der Ernte müssen abgeliefert werden.

Stadt Herat (157 000 Einwohner), wo während eines Fliegerangriffs auf eine Massenversammlung 13 000 Menschen getötet wurden.

Gegen diese erbarmungslose Diktatur der sowjetischen Sozialimperialisten richtet sich der Widerstand des afghanischen Volkes, aller verschiedenen in Afghanistan lebenden Völker.

Die Schwierigkeiten der heutigen Situation ergeben sich daraus, daß zum einen keine einzige Schicht oder Klasse des Volkes hinter diesem Regime steht, sondern aus unterschiedlichsten Interessen alle dieses Regime bekämpfen. Aber die reaktionären Kräfte mit ihrer islamischen Partei, deren Füh-

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE	
1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	206 m MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	206 m MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1394 kHz	215 m MW



Beton- und Monierbau-Pleite Millionen für die Bankrotteure

Ein ausgewachsener Skandal

DÜSSELDORF. — Die Tatsachen, die hinter dem Konkurs der sechstgrößten westdeutschen Baufirma, der Düsseldorfer Beton- und Monierbau AG (B&M) stecken, treten immer deutlicher ans Tageslicht. Der wahre Grund für eine der größten Pleiten der letzten Zeit war, daß die Banken nicht auf ihre Millionen verzichten wollten und deshalb die Millionenbeihilfen, die die Landesregierung aus Steuergeldern finanziert hatte, einstrichen und den Betrieb liquidierten.

Während die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse von Mutmaßungen darüber strotzt, wer wohl zu welchem Zeitpunkt wieviel gewußt habe, zeigt sich immer mehr, daß hier ein planmäßiges Vorgehen von Seiten der Finanzkapitalisten vorlag. B&M hatte seine Bauleistung in den letzten Jahren, seit 1969, mehr als vervierfacht, von rund 400 Millionen Mark auf etwa 1,7 Milliarden Mark. In diesen Jahren wurden auch die kleineren Aktionäre mehrfach mit einer Stunddividende von 16 Prozent, 8 Mark je Aktie, bedacht, 4 Mark waren das mindeste.

Wie in der gesamten Bauindustrie, hatte der Anteil an Auslandsaufträgen von B&M in den letzten zehn Jahren immer mehr zugenommen. 1976 leistete B&M bereits 53 Prozent seiner Bauten im Ausland, und von den damals vorhandenen Aufträgen kamen nicht weniger als 82 Prozent aus dem Ausland, aus Saudi-Arabien, Algerien und Nigeria.

Aber auch die drei größten westdeutschen Baukonzerne hatten ähnliche geschäftliche Verhältnisse. 1976 waren von den eingegangenen Aufträgen bei der Hochtief AG Essen 65 Prozent, bei der Holzmann AG Frankfurt sogar 77 Prozent und bei Bilfinger und Berger AG Mannheim 74 Prozent Auslandsaufträge.

Die beiden ersten dieser genannten Unternehmen hatten einen mehr als doppelt so großen Umsatz, weshalb ihr realer Bestand an Auslandsaufträgen wesentlich höher war als der von B&M. Das von verschiedenen Seiten vorgebrachte Argument, die Pleite von B&M sei deshalb zustande gekommen, weil zu viele Auslandsaufträge dagewesen wären, kann also keinesfalls stimmen.

Das zweite Argument, das in der Presse verbreitet wird, ist die Tatsache, daß B&M relativ wenig Eigenkapital zur Verfügung hatte, also sehr stark auf Fremd-, sprich Bankenfinanzierung angewiesen war. Nun ist dies aber eine Tatsache, die auf restlos alle großen Baubetriebe in der Bundesrepublik zutrifft. Und es ist auch eine Tatsache, daß spätestens seit der ersten großen

Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik, seit den Jahren 1966 und 1967, alle großen Bauunternehmen ihre Eigenständigkeit verloren haben, daß sie alle unter dem Kommando des Bankkapitals stehen bzw. Tochterfirmen von Monopolen aus anderen Bereichen wurden. Das ist auch der Grund dafür, warum die Bauindustrie, die mit einem Beitrag von 13 Prozent zum westdeutschen Brutto-sozialprodukt nach wie vor größter Industriezweig ist, gleichzeitig auch die Branche ist, die durchschnittlich die kapitalschwächsten Betriebe aufweist.

Der wahre Grund für die Pleite liegt darin, daß die Großaktionäre den Konzern in einen rücksichtslosen Preiskampf getrieben hatten, um weitere Marktanteile zu erringen, und daß dafür die Kapitalmenge nicht reichte. Da die Profite mit einer sehr hohen Quote ausbezahlt wurden, sank die Kapitaldecke immer mehr, entstanden Schulden.

Das alles war den eingeweihten Personen längst bekannt. Und zu den eingeweihten Personen gehörte auch das Kabinett von NRW, denn die Westdeutsche Landesbank (West LB) war Großaktionär. Sie hatten bereits im Laufe

des Jahres 1978 für zwei Bürgschaften in der Höhe von 150 Millionen Mark, nicht etwa von der Bank, sondern aus dem Staatshaushalt, aus Steuergeldern also, gesorgt. Von weiteren 240 Millionen, mit denen die West LB an B&M beteiligt war, stammten noch einmal etwa ein Drittel direkt aus Steuergeldern.

Um die eng gewordene Kapitaldecke wieder auszuweiten, hätten die Banken auf rund 180 Millionen Mark wenigstens vorläufig verzichten müssen. Dazu aber waren sie nicht bereit. Stattdessen wurde, mit Wissen staatlicher Stellen, ein regelrechtes Gangsterstück inszeniert. Die Kleinaktionäre und Subunternehmer wurden nicht informiert, die Arbeiter schon gar nicht, stattdessen wurden neue Großaktionäre gesucht, die faktisch hereingelegt werden sollten. Einen neuen Finanzierungsantrag lehnte dann die West LB kurzerhand ab, damit war das Ende gekommen.

18 000 Arbeiter wurden entlassen, davon fast ein Drittel in Westdeutschland, die kleinen Aktionäre wurden betrogen, die staatlichen Subventionen sind dahin, aber die Banken, vor allem die West LB, hatten ihre Kapitalien gerettet.



BuM-Baustelle in Duisburg: Durch die BuM-Pleite wurden 18 000 Kollegen in Westdeutschland und anderen Ländern arbeitslos.



Partei-schatzmeister — eine ehrenwerte Gesellschaft

CDU in Spendenaffäre verwickelt Walter Leisler Kiep in Verdacht geraten

Staatsanwaltschaft läßt sich Zeit

Eine Steuerhinterziehungsaffäre größeren Ausmaßes hält die CDU zunehmend in Atem. Schien es sich im letzten Jahr noch um ein Problem einzelner, wenn auch zahlungskräftiger CDU-Mitglieder zu handeln, so rückt heute immer mehr die CDU-Zentrale, insbesondere ihr Schatzmeister Walter Leisler Kiep (niedersächsischer Finanzminister) in den Mittelpunkt des Geschehens.

Gegen ihn persönlich wird zwar noch nicht ermittelt, doch hat die Bonner Staatsanwaltschaft gegen seinen Generalbevollmächtigten Uwe Lühje ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ebenso wird seit über einem Jahr gegen den Geschäftsführer der CDU-eigenen „Union-Betriebe GmbH“ ermittelt.

Der Anlaß der ganzen Affäre ist das Parteiengesetz. Es begrenzt die Höhe der von den Steuern abzugsfähigen Parteispenden auf jährlich 600 Mark. Das bremst natürlich die Spendenfreudigkeit der Industrie. Bekanntlich setzen sich sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien dafür ein, diese für sie so nachteiligen gesetzlichen Bestimmungen zu Fall zu bringen. Doch hat die CDU Mittel und Wege gefunden, auch schon vorher in den Genuß des ungehemmten Spendenflusses der Unternehmer zu kommen.

Strohmänner gründeten in Vaduz (Hauptstadt von Liechtenstein) ein Institut für Unternehmensberatung, eine Briefkastenfirma, wie sich schnell herausstellen sollte.

Der ehemalige BDI-Präsident Dr. phil. Fasolt, Geschäftsführer und Gesellschafter der Fliesenfabrik Wesselwerke in Bonn, gab insgesamt vier Gutachten bei der Vaduzer Firma in Auftrag, die er mit 10 000 Mark pro Stück honorierte. Von Vaduz aus floß das Geld auf das Konto westdeutscher Firmen, die der CDU gehören. Diese Gutachten kamen aber nur in der Buch-

führung vor, in Wirklichkeit hat es sie nie gegeben. Fasolt setzte das „Honorar“ als Betriebskosten von der Steuer ab, die CDU war um 40 000 Mark reicher.

Als dem BDI-Chef dann im Juni ein Strafbefehl über 58 500 Mark auf den Schreibtisch flatterte, wurde klar, daß diese Transaktion nicht die einzige krumme Sache war, die er zugunsten der CDU gedreht hatte.

Ähnlich ging es dem Vorstandsvorsitzenden einer Tochterfirma Fasolts, dem ein Strafbefehl über 11 250 Mark zugestellt wurde. Fasolt trat seinerzeit eilig von seinem Posten als BDI-Chef zurück.

Doch ist man heute rührend darum bemüht, die leidige Angelegenheit langsam, aber sicher, im Sande verlaufen zu lassen. Gegen den Geschäftsführer der CDU-Betriebe wird schon ein Jahr ermittelt, ohne daß er auch nur eine Stunde wegen Verdunkelungsgefahr in Haft gesessen hätte.

Walter Leisler Kiep, der gerne in Bonn Minister werden möchte, wird von vornherein attestiert, daß er keine Kenntnis davon hatte, daß es sich bei den Vaduzer Expertisen um Scheingutachten gehandelt habe.

Würden die Steuerfahndungsbehörden bei der Verfolgung dieser Sache ein ähnliches Engagement entfalten wie beim Eintreiben der Steuergroschen der Werktätigen — die großen Parteien hätten längst den Offenbarungseid leisten müssen.



Dienstag, 25.9., 19.30 Uhr, ZDF:

Ein Ruhetag. Komödie von Valentin Petrovitch Katajew. V. P. Katajew zählt zu den Meistern des sozialistischen Realismus. Die Komödie „Ein Ruhetag“ entstand im Jahre 1947. Mit Humor und zum Teil auch beißender Ironie nimmt Katajew kleinbürgerliche Verhaltensweisen seiner Landsleute aufs Korn. Weil der Lieferungsbeauftragte Saizew (Hans Putz) vom Pförtner eines Erholungsheims geringschätzig behandelt wird, gibt er sich beim zweiten Anlauf kurzerhand als Ehegatte einer berühmten „Heldin der Arbeit“ aus.

Dienstag, 25.9., 22.05 Uhr, ZDF:

Gegen den Strom die Treppe hinauf. Amerikanischer Spielfilm von 1967. Regie: Robert Mulligan. Es geht um eine junge Lehrerin voller idealistischer Vorstellungen, die mit dem Gottomilie der New Yorker Slums konfrontiert wird.

Mittwoch, 26.9., 20.15 Uhr, ARD:

Der Tote bin ich. Fernsehfilm von Gert Loschütz; Regie: Alexander von Eschwege. Ein unpolitischer junger Lehrer kommt in die Mühlen des Schnüffelstaates; er wird vorgeladen; irgendjemand durchsucht seine Wohnung. Man darf gespannt sein, welche Schlüsse er daraus zieht; nach den Worten des Regisseurs geht es mehr um das Lebensgefühl seiner eigenen Generation als um die Dramatik der Story.

Donnerstag, 27.9., 16.15 Uhr, ARD:

Das Podium. Carola Stern diskutiert mit den Frauenbeauftragten der großen Parteien über die bislang nicht verwirklichte Gleichberechtigung der Frau; mit von der Partie ist außerdem eine Vertreterin der Humanistischen Union.

Donnerstag, 27.9., 20.30 Uhr, ZDF:

Notizen aus der Provinz. Satirische Randbemerkungen von und mit Dieter Hildebrandt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60,— ☐ halbjährlich DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.



Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92

- 4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinost. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Allee 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Sa 10-14 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 8-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickede 19, Tel.: 0451 / 47 38 70.
7600 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.